

---

**Vorsitz: Polen****1365. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 31. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr  
Unterbrechung: 18.00 Uhr  
Wiederaufnahme: 10.00 Uhr (Freitag, 1. April 2022)  
Schluss: 10.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński  
M. Czapliński

Vorsitz, W. Kim (Gouverneur der Oblast Mykolajiw (Ukraine)), Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER  
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE  
UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Kanada (Anhang 5), Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Schweiz (PC.DEL/475/22 OSCE+), Türkei (Anhang 7), Georgien (Anhang 8), Norwegen (Anhang 9), Belarus (PC.DEL/485/22 OSCE+), Moldau (Anhang 10), Parlamentarische Versammlung der OSZE

Punkt 2 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES  
AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, am 24. und 25. März 2022 in Moldau: Vorsitz*
- (b) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit den Delegationen Polens und der Vereinigten Staaten von Amerika am 26. März 2022 in Warschau: Vorsitz*
- (c) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, S. E. D. Kuleba, am 26. März 2022: Vorsitz*
- (d) *Erstes Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension 2022 (zum Thema „Internationale Zusammenarbeit bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und internationale Menschenrechtsnormen“) am 28. und 29. März 2022 in Wien (CIO.GAL/27/22 OSCE+) und zweites Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension 2022 im Mai 2022: Vorsitz*
- (e) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, in Georgien, Aserbaidschan und Armenien vom 29. März bis 1. April 2022: Vorsitz*
- (f) *Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine: Vorsitz, Generalsekretärin (SEC.GAL/43/22 OSCE+), Ukraine (Anhang 11), Schweiz (PC.DEL/476/22 OSCE+), Norwegen (Anhang 12), Frankreich – Europäische Union (Anhang 13), Kanada (Anhang 14), Deutschland (Anhang 15) (Anhang 16), Russische Föderation (Anhang 17), Frankreich (Anhang 18), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 19), Schweden (Anhang 20), Türkei (Anhang 21), Georgien (PC.DEL/508/22 OSCE+), Nordmazedonien, Belarus (PC.DEL/486/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (Anhang 22)*

Punkt 3 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN**

keine

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT DES OSZE-PROJEKTKOORDINATORS  
IN USBEKISTAN**

Vorsitz, OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan (PC.FR/3/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Monaco, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/471/22), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/455/22), Russische Föderation (PC.DEL/466/22), Vereinigtes Königreich, Schweiz (PC.DEL/473/22 OSCE+), Kasachstan (PC.DEL/487/22 OSCE+), Türkei (PC.DEL/482/22 OSCE+), Turkmenistan, Norwegen, Usbekistan

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER LEITERIN DER OSZE-MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Vorsitz, Leiterin der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina (PC.FR/4/22), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Monaco, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/467/22/Rev.1), Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (PC.DEL/462/22), Vereinigtes Königreich, Schweiz (PC.DEL/474/22 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/465/22), Türkei (PC.DEL/483/22 OSCE+), Kroatien (Anhang 23), Bosnien und Herzegowina (Anhang 24)

Punkt 6 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

- (a) *Fortgesetzte Verbrechen der Ukraine mit Unterstützung einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (Anhang 25), Frankreich – Europäische Union, Ukraine, Kanada (PC.DEL/548/22/Corr.1 OSCE+), Litauen, Frankreich
- (b) *Die Aggression Aserbaidschans gegen Arzach und Armenien unter direkter Beteiligung der Türkei und ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer:* Armenien (Anhang 26)
- (c) *Grobe Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten der russischen und russischsprachigen Bevölkerung als offene Herausforderung der OSZE-Verpflichtungen:* Russische Föderation (Anhang 27) (Anhang 28), Frankreich – Europäische Union, Kanada (Anhang 29), Ukraine, Frankreich (PC.DEL/480/22 OSCE+), Litauen

Punkt 7 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

*Einladung zur Beobachtung der Zwischenwahlen der Vereinigten Staaten am 8. November 2022:* Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/468/22)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 7. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Ständiger Rat**

PC.JOUR/1365

31 March 2022

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir bringen wieder einmal unsere Ablehnung des ersten Tagesordnungspunktes zum Ausdruck, den der Vorsitz für die heutige Sitzung des Ständigen Rates angekündigt hat. Russland kann nicht hinnehmen, dass erneut versucht wird, das vorgeschlagene Thema, das offenkundig konfrontativer Natur ist, einseitig aufzunehmen, und ist der Ansicht, dass solche Schritte des Vorsitzes im Widerspruch zur Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt V.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3) und zu den vom Ministerrat in Porto 2002 verabschiedeten Leitlinien für die Aktivitäten des amtierenden Vorsitzes, insbesondere in Bezug auf Absatz 2 (b), stehen.

Wir fordern den polnischen Vorsitz dringend auf, sich strikt an die von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Verfahren zu halten, diese nicht mehr beliebig auszulegen und faire und niemanden diskriminierende Möglichkeiten für Erörterungen im Ständigen Rat zu schaffen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

mit zunehmender Dauer des Krieges begeht Russland immer neue und immer schrecklichere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Russland untergräbt systematisch alle Prinzipien, auf denen der Frieden und die Sicherheit in Europa gründen.

Russland setzt auf sexuelle Übergriffe, Gewalt und Mord – das ist es also, wofür die russische Welt („Russkiy Mir“) steht.

Russland zerstört die Träume, Pläne und Leben der Menschen.

Vor einigen Tagen tauchte in den Medien das Foto eines 11-jährigen Mädchens namens Milena auf.

Wie nach Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) 60 Prozent aller in der Ukraine lebenden Kinder war Milena gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen, um sich vor den anhaltenden russischen Angriffen und Verbrechen in Sicherheit zu bringen.

Zu dieser großen Gruppe gehören 2,5 Millionen Kinder, die in der Ukraine zu Binnenvertriebenen geworden sind, und weitere zwei Millionen Kinder wurden bisher gezwungen, aus der Ukraine zu fliehen.

Offiziellen Angaben zufolge wurden bisher 143 Kinder in dem Konflikt getötet und 216 weitere verletzt. Die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich wesentlich höher.

Vor dem russischen Krieg war Milena eine begeisterte Tänzerin und Turnerin.

Doch auf ihrer Flucht aus dem zerstörten Mariupol wurde dem kleinen Mädchen von einem russischen Soldaten ins Gesicht geschossen.

Was hatte sie jemandem angetan? Bestand ihr Unrecht darin, ein ukrainisches Kind zu sein? Glücklicherweise ist sie auf dem Weg der Besserung.

„Die Extremisten fürchten sich vor Büchern und Stiften; die Macht der Bildung macht ihnen Angst. Und sie haben Angst vor Frauen.“

Dies sind die Worte eines anderen Mädchens – Malalas – nachdem auch ihr vor zehn Jahren in einem anderen Teil der Welt ins Gesicht geschossen wurde.

So handeln Extremisten und Terroristen überall auf der Welt. Sie verstümmeln und töten Kinder und Frauen, die die Zukunft ihres Landes sind.

Sie brauchen sich nur anzusehen, was die sogenannte russische Armee in der Ukraine tut. Sie greift Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Universitäten, Versorgungsgebäude, Schutzräume, Krankenhäuser und Lebensmittellager an.

Den russischen Soldatinnen und Soldaten und ihren Befehlshabern ist nichts heilig. Sie zerstören sogar Kirchen und Holocaust-Gedenkstätten.

Diese Woche wurde das in Form einer Menora erbaute Mahnmal in Drobyzkyi Jar in der Nähe von Charkiw von den Russen angegriffen.

Dieses Mahnmal erinnert an die über 15 000 Jüdinnen und Juden, die dort von den Nazis ermordet wurden.

Warum greift Russland immer wieder Holocaust-Gedenkstätten in der Ukraine an?

Bezeichnenderweise hat die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora beschlossen, zu einer Gedenkveranstaltung nächsten Monat keine offiziellen Vertreterinnen und Vertreter aus Russland und Belarus einzuladen. Das ist eine zeitnahe und treffende Bewertung der Taten und der Barbarei Russlands.

Russland geht bei seiner sogenannten Entnazifizierung geradezu grotesk vor.

Die russischen Streitkräfte führten am Morgen des Tages nach dem 78. Jahrestag der Befreiung der Stadt von den nationalsozialistischen Invasoren am 28. März 1944 einen Raketenangriff auf das Gebäude der Regionalregierung in Mykolajiw durch. Dieser Angriff forderte Dutzende Menschenleben.

Darüber hinaus greifen sie weiter kulturelle Stätten der Ukraine an.

So zerstörten sie das Kino Schtschors in Tschernihiw.

In eben diesem Gebäude fand 1947 ein bekannter öffentlicher Prozess statt.

Er befasste sich mit Kriegsverbrechen, die während des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet der Ukraine und Belarus begangen wurden.

Höchstwahrscheinlich wurde die Rakete, die das Kino zerstörte, von belarussischem Hoheitsgebiet abgefeuert, wie so viele andere Raketen in den vergangenen Wochen.

Unsere belarussischen Kolleginnen und Kollegen können stolz darauf sein, wie sie dazu beitragen, das historische Gedächtnis zu zerstören, das auch ihr Land betrifft.

Ich bin jedoch sicher, dass das Gebäude in naher Zukunft wieder aufgebaut werden wird und ich hoffe aufrichtig, dass es wieder als Schauplatz für einen öffentlichen Prozess dienen wird – einen Prozess gegen die Kriegsverbrecher von heute.

Diesbezüglich appellieren wir an die Teilnehmerstaaten, sich einer globalen „Koalition der Gerechtigkeit“ anzuschließen, die danach trachtet, Russland zur Rechenschaft zu ziehen.

Bisher haben zehn Länder – auf nationaler Ebene – Strafverfahren in Bezug auf russische Kriegsverbrechen in der Ukraine eingeleitet. Neben der Ukraine sind dies Litauen, Polen, die Slowakei, Estland, Deutschland, Schweden, Lettland, Norwegen und Frankreich.

Russland muss aufhören, weiter mit Straflosigkeit zu rechnen.

Russland muss die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten, um das Leben der Zivilbevölkerung zu retten.

Die russischen Streitkräfte müssen aufhören, verbotene Antipersonenminen einzusetzen, wie dies jüngsten Berichten von Human Rights Watch zufolge in der Region Charkiw der Fall war.

Russland muss auch die rechtswidrigen Aktivitäten seiner Seestreitkräfte im Schwarzen Meer einstellen.

Russland kapert und zerstört nicht nur zivile Seeschiffe und bombardiert das Hoheitsgebiet der Ukraine von See aus, sondern hat auch eine neue Methode der Piraterie erdacht: den Einsatz von Seeminen als unkontrolliert treibende Munition.

Russlands gezielter Einsatz von Treibminen macht diese de facto zu Waffen mit unterschiedsloser Wirkung, die vor allem die Zivilschifffahrt bedrohen und auf See Menschenleben gefährden.

Russland muss für alle seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Ein erster Schritt sollte das Verbot der Verwendung des Symbols „Z“ sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wir alle haben vernommen, dass die russische Truppenführung angeblich beschlossen hat, „die Kampfhandlungen in bestimmten Richtungen zu verringern“.

Wir müssen jedoch wachsam bleiben. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, wie Russland vor seiner Invasion mehrfach behauptet hatte, seine Truppen seien von den Grenzen der Ukraine abgezogen worden.

Die Lage ist auch heute noch angespannt und herausfordernd.

Die russischen Invasoren stehen weiterhin auf unserem Boden. Sie beschießen weiterhin unsere Städte.

Raketen- und Luftangriffe haben nicht aufgehört. Das ist die Realität vor Ort.

Ich möchte aus einer Rede des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, von vor zwei Tagen zitieren: „Natürlich sehen wir alle Risiken. Natürlich sehen wir keinen Grund, den Worten bestimmter Vertreterinnen und Vertreter eines Staates Glauben zu schenken, der weiterhin mit dem Ziel kämpft, uns zu zerstören. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sind nicht naiv. Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben während dieser 34 Tage der Invasion und in den letzten acht Jahren des Krieges im Donbass bereits die Erfahrung gemacht, dass sie nur greifbaren Ergebnissen trauen können.“

Gestern jedoch hat die russische Delegation hier in diesem Saal wieder einmal die Gelegenheit verspielt, zu beweisen, dass ihre Worte über den Dialog kein leeres Gerede sind.

Sie hat beschlossen, die Verlängerung des Mandats der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine trotz des eindeutigen Ersuchens des Gastlandes zu blockieren. Dieses Vorgehen widerspricht den Aufforderungen zum Dialog, die wir so oft von ihr hören.

Doch die Zeit für Spielchen ist nun vorbei.

Es muss echte Sicherheit für die Ukraine und ihr Volk geben.

Die russischen Truppen müssen die besetzten Gebiete räumen. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewährleistet sein.

Lassen Sie es mich klar und deutlich sagen: bei unserer Souveränität und territorialen Integrität – der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen – kann es keine Zugeständnisse geben. Keinerlei Zugeständnisse. Und es wird auch keine geben.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.



**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender, Russlands Angriffskrieg gegen seinen friedlichen und demokratischen Nachbarn, die Ukraine, dauert nun schon fünf Wochen, und Russland setzt seine schrecklichen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und Infrastruktur der Ukraine unvermindert fort. Es gibt zutiefst beunruhigende Berichte, unter anderem vom Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen, wonach Streumunition in besiedelten Gebieten eingesetzt wird. Die russischen Streitkräfte haben Mariupol und andere ukrainische Städte belagert und verweigern den humanitären Zugang zu diesen Gebieten. Diejenigen, die versuchen, die belagerten Städte zu verlassen, werden gezielt angegriffen, während Schulen, Krankenhäuser und Wohngebäude unter andauerndem Beschuss stehen. Die Menschen sind ohne Wasser, Nahrung, Medikamente, Heizung und Strom. Die russischen Streitkräfte verschleppen auch Einwohnerinnen und Einwohner Mariupols nach Russland.

Die Europäische Union verurteilt Präsident Putins vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht. Russland muss auch dringend sichere Wege bereitstellen, sowohl um Zivilistinnen und Zivilisten in andere Teile der Ukraine zu evakuieren als auch für die Lieferung humanitärer Hilfe. Auch die internationale Gemeinschaft unterstützt diese Haltung. Letzten Donnerstag wurde in der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Unterstützung eine Resolution über die furchtbaren humanitären Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verabschiedet – 140 Länder stimmten dafür und nur fünf dagegen. Wir fordern auch den Mitaggressor Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Herr Vorsitzender, vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen sind nach dem humanitären Völkerrecht Kriegsverbrechen. Es gibt Prima-facie-Beweise für die unterschiedslosen Angriffe der russischen Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten und auch auf zivile Infrastruktur. Dazu haben wir bei dem ersten Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension bewegende Aussagen von mutigen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, die

aus der Ukraine stammen oder dort arbeiten, gehört. Die Europäische Union unterstützt die Bemühungen internationaler Gremien, so auch der OSZE, um die Sammlung von Beweisen und die Dokumentation der Gräueltaten des von Russland geführten Krieges und begrüßt den unermüdlichen Einsatz und den Beitrag der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger zu diesem Zweck. Wir werden keinerlei Mühe scheuen, um Präsident Putin, die anderen Initiatoren dieser Aggression sowie die Vollstrecker vor Ort für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir erinnern auch an die Verpflichtungen Russlands aus internationalen Verträgen betreffend chemische, biologische und Kernwaffen. Diesbezüglich weisen wir Russlands haltlose Desinformationskampagne gegen die Ukraine, einen Staat, der die internationalen Nichtverbreitungsübereinkommen vollumfänglich einhält, kategorisch zurück. Im Falle eines biologischen oder chemischen Zwischenfalls trüge Russland die volle Verantwortung. Darüber hinaus werden wir auch unsere Bemühungen fortsetzen, die Ukraine bei der Verteidigung ihrer Netzwerke gegen Cybervorfälle zu unterstützen, indem wir unter anderem diejenigen Akteurinnen und Akteure zur Rechenschaft ziehen, die im Cyberspace zerstörerische, destruktive oder destabilisierende Aktivitäten verfolgen.

Bis heute haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten fast vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen, die vor der Gewalt geflohen sind, und Ihnen Nahrung, Unterkunft und Zugang zu Gesundheitsdiensten, Bildung und zum Arbeitsmarkt gewährt. Wir sind auch der Republik Moldau für alle ihre Bemühungen dankbar. Wir schenken der Not von Kindern besondere Aufmerksamkeit und werden weiterhin alles in unserer Macht Stehende tun, um ihnen Schutz zu bieten und ihre Rechte sicherzustellen. Darüber hinaus ergreifen wir Maßnahmen, um andere globale negative Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine abzuwenden, insbesondere die russischen Angriffe auf Öl- und Getreidelager, die das Leben und die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen gefährden. Diese zynischen Taten burden dem ukrainischen Volk weitere Lasten auf, führen zur Preissteigerung von Rohstoffen und haben schwerwiegende Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit. Wir haben uns außerdem verpflichtet, die Ukraine bei der Deckung ihres unmittelbaren humanitären Bedarfs zu unterstützen und, sobald der russische Angriff beendet ist, den Wiederaufbau einer demokratischen Ukraine durch einen Solidaritäts-Treuhandfonds für die Ukraine zu fördern, an dem sich internationale Partner beteiligen können.

Die humanitäre Katastrophe vor Ort, die durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine verursacht wurde, erfordert dringendes Handeln. Wir unterstützen alle Bemühungen des Vorsitzes, der Durchführungsorgane und autonomen Institutionen der OSZE, um den Menschen in der Ukraine zu helfen, unter anderem durch die Koordinierung und Erleichterung humanitärer Hilfe und die Unterstützung für sichere Wege und humanitäre Konvois. Dasselbe gilt für die Bewertung der menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der russischen Invasion.

Herr Vorsitzender, wir verurteilen nach wie vor aufs Schärfste die rechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im Jahr 2014 und seine jüngste Anerkennung der unrechtmäßigen selbsternannten Entitäten in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk. Jeder Versuch Russlands, widerrechtliche alternative Verwaltungsstrukturen in der Ukraine zu schaffen, wird als null und nichtig betrachtet werden. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die morgen beginnende Einziehungskampagne von Krimbewohnern

und -bewohnerinnen sowie frühere Kampagnen, da sie einen weiteren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen.

Russland greift die Staatlichkeit der Ukraine, einschließlich ihrer demokratisch gewählten Regierung an. Wir haben bereits Beispiele dafür gesehen, wie dort, wo sich Russland eingemischt hat, demokratische Prinzipien ausgehöhlt wurden, darunter auf der Halbinsel Krim, wo die politische Opposition unterdrückt und verfolgt, die Zivilgesellschaft eingeschränkt wird, Journalistinnen und Journalisten zum Schweigen gebracht und die Rechte von Angehörigen anderer Gemeinschaften, insbesondere die Krimtatarinnen und Krimtataren, unterdrückt werden.

Außerdem geht Russlands Aggression nach außen mit einer zunehmenden Repression im Inneren einher. Wir bedauern die von den russischen Behörden verhängte De-facto-Medienzensur sowie die Manipulation und Desinformation der russischen Öffentlichkeit durch die staatlich kontrollierten Medienunternehmen im Zusammenhang mit dem unprovokierten und ungerechtfertigten Krieg Russlands gegen die Ukraine. Diese Zensur hat die Medienfreiheit in Russland beseitigt, wie die Beauftragte für Medienfreiheit jüngst festgestellt hat. Die Warnung von Roskomnadzor an russische Medienunternehmen, das am 27. März von vier russischen Journalisten organisierte Interview mit dem ukrainischen Präsidenten nicht zu veröffentlichen, ist ein eindeutiges Beispiel für die Unterdrückung der Medienfreiheit.

Darüber hinaus haben die jüngsten Änderungen der Rechtsvorschriften in Russland die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten schwer beeinträchtigt, da den Reporterinnen und Reportern jahrelange Freiheitsstrafen drohen, wenn sie über die Fakten von Präsident Putins Krieg gegen die Ukraine berichten. Aufgrund dieser Zensurbestimmungen und nach Jahren der systematischen Einschüchterung durch die russischen Behörden war die unabhängige Zeitung „Nowaja Gazeta“ gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Trotzdem zeugt die Kündigungswelle von Journalistinnen und Journalisten in den russischen Staatsmedien davon, dass viele Journalistinnen und Journalisten und andere die offizielle Politik grundsätzlich ablehnen.

Wir bedauern die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Russland vom 22. März, den Einspruch von „Memorial“ gegen die erzwungene Schließung abzuweisen. Das unermüdliche Eintreten von „Memorial“ für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Russland ist nötiger denn je. Darüber hinaus würdigen wir den Mut der russischen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und -aktivistinnen und -aktivisten, die den Rat der russischen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger gegründet und das Manifest unterzeichnet haben, in dem sie die vorgebliche „Militäroperation“ in der Ukraine anprangern.

Die Europäische Union bekräftigt ihre unerschütterliche Unterstützung und ihr entschlossenes Eintreten für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer. Die Ukraine hat wie jeder souveräne Staat das naturgegebene Recht, über ihre eigene Zukunft und ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Europäische Union unterstützt entschlossen das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihre Bevölkerung im Einklang mit

Artikel 51 der VN-Charta zu verteidigen. In diesen dunklen Stunden stehen wir an der Seite des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup> und Albanien<sup>1</sup> und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, Georgien, Monaco, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ich danke auch Gouverneur Kim für seine Ausführungen. Ich schließe mich dem Vorsitz an und bringe angesichts all jener, die durch den von Russland bewusst geführten Krieg getötet wurden, mein Mitgefühl zum Ausdruck.

Heute ist der 36. Tag des unprovokierten Angriffs von Präsident Putin auf die Ukraine. Fünf lange Wochen, in denen die tapferen Bürgerinnen und Bürger der Ukraine täglich und stündlich ums Überleben und um die Souveränität und Unabhängigkeit ihres Landes gekämpft haben. Fünf lange Wochen, in denen das Militär der Ukraine seine Stellung gehalten und begonnen hat, die russischen Streitkräfte zurückzudrängen.

Doch selbst nun, da die Verteidigerinnen und Verteidiger der Ukraine den imperialen Wunschtraum Putins, in Kyjiw ein vom Kreml kontrolliertes Marionettenregime einzusetzen, zunichtegemacht haben, intensiviert die Russische Föderation weiterhin ihre brutale Belagerung von Tschernihiw, Charkiw und Mariupol und verstärkt ihren Angriff auf den Donbass in dem offensichtlichen Versuch, weitere Gebiete im Südosten der Ukraine abzutrennen.

Herr Vorsitzender, Russland mag zwar seine militärischen Ziele zurückschrauben, nicht aber seine barbarischen Taktiken. Russland legt weiterhin ukrainische Städte in Schutt und Asche, es setzt seinen Beschuss und seine Bombardierungen erbarmungslos fort und behindert den dringenden humanitären Zugang, selbst auf die Gefahr hin, diejenigen Hungers sterben zu lassen, die in ihren Heimstätten bleiben. Das ist unmenschlich. Und nun sehen wir immer mehr Berichte, dass Russland ukrainische Bürgerinnen und Bürger nach Russland zwangsverschleppt.

Herr Vorsitzender, das Vorgehen der militärischen Behörden Russlands in den letzten fünf Wochen weist darauf hin, dass der Kreml den Plan in die Tat umsetzt, den Süden und Südosten der Ukraine unter seine Kontrolle zu bringen und die Regionen nach dem Muster der sogenannten DNR und LNR zu grotesken Stellvertreterstaaten umzubauen. Nachdem die Russische Föderation erkannt hat, dass die ukrainische Bevölkerung sich niemals unterjochen lassen wird, ist nun offensichtlich ihr Plan, die örtliche Bevölkerung aus diesen Gebieten zu vertreiben. Ich weiß, dass wir alle entsetzt sind über die zunehmenden Berichte, wonach die russischen Streitkräfte jeden, der Anzeichen von Widerstand erkennen lässt, gewaltsam nach Russland verschleppen sowie über Berichte über Vergewaltigungen und Folter.

Der Stadtrat von Mariupol hat festgestellt, dass die Streitkräfte Russlands die Einwohnerinnen und Einwohner weiterhin deportieren, ihre ukrainischen Pässe konfiszieren, sie durch sogenannte Filtrationslager schleusen und sie an abgelegene Orte in Russland schicken. Augenzeugen haben berichtet, dass ein solches Lager in Dokutschajewsk in der Region Donezk betrieben wird, wo Agentinnen und Agenten des Russischen Föderalen Sicherheitsdiensts die internierten ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten darüber befragen, ob sie Verwandte in der ukrainischen Armee oder Polizei haben.

Diese Berichte legen die Vermutung nahe, dass die Zwangsumsiedlung ukrainischer Zivilistinnen und Zivilisten nach Russland systematisch im Voraus geplant ist und auf Dauer angelegt ist. Wir haben gehört, dass die russischen Streitkräfte in diesen Filtrationszentren die Ausweispapiere von Ukrainerinnen und Ukrainern einziehen, Familien auseinanderreißen und ihnen die Mobiltelefone wegnehmen. Darüber hinaus hat sich Russland geweigert, Zivilpersonen die sichere Durchfahrt in das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiet zu ermöglichen, und damit seine Absicht deutlich gemacht, ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten zwangsweise und dauerhaft nach Russland zu vertreiben. Dies betrifft auch Kinder, Frauen und alte Menschen – in einem Fall eine 92-jährige Frau aus Mariupol. Die Dokumentation und Sicherung von Beweisen sind von allergrößter Bedeutung.

Es ist kaum zu glauben, dass es im 21. Jahrhundert Zwangsdeportationen gibt. Vor fast 80 Jahren ordnete der Kreml die Zwangsumsiedlung von 200 000 Krimtatarinnen und Krimtataren in die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion an. Der Oberste Rat der Krim erklärte schließlich 1989, dass die Deportationen der Tatarinnen und Tataren in der Sowjetzeit eine kriminelle Handlung war – und die heutigen Verantwortlichen im Kreml werden letzten Endes gleichermaßen für die Gräueltaten im aktuellen Konflikt zur Verantwortung gezogen werden.

Das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) berichtete, dass es die willkürliche Festnahme und das Verschwindenlassen von 24 lokalen ukrainischen Beamtinnen und Beamten in vom russischen Militär kontrollierten Regionen dokumentiert hat und stellte mehrere Fälle fest, die einer „Geiselnahme“ gleichkamen. Viele von uns hatten gestern die Gelegenheit, den erschütternden Bericht des Bürgermeisters von Melitopol über seine sechstägige Inhaftierung durch die russischen Streitkräfte anzuhören, während derer er sich in Isolationshaft befand und wiederholt von russischen Beamten mit vorgehaltener Waffe verhört wurde. Leider ist seine Geschichte kein Einzelfall. Das OHCHR berichtete auch, dass 21 Journalistinnen und Journalisten und Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft, die sich lautstark gegen die Invasion der Russischen Föderation aussprachen, in verschiedenen Regionen der Ukraine festgenommen wurden.

Der Bürgermeister von Cherson hat auch beschrieben, wie die russischen Streitkräfte die ortsansässige Bevölkerung terrorisieren, Aktivistinnen und Aktivisten festnehmen, Wohnungen durchsuchen, Geschäftsleute berauben und planen, ab dem 1. April den Unterricht in russischer Sprache in den Schulen einzuführen. Anderen Berichten zufolge haben die russischen Streitkräfte örtliche Gemeindevorsteherinnen und -vorsteher zusammengerufen und befragt, wo die sogenannten Faschisten wohnen, womit offenbar diejenigen Bürgerinnen und Bürger gemeint waren, die die Flagge der Ukraine hissen oder die Amtsgewalt der Russischen Föderation nicht akzeptieren. Die Einheimischen berichten über immer schwierigere Bedingungen: Lebensmittellieferungen werden blockiert, Häuser zerstört, Leichen auf der Straße liegen gelassen und Menschen verschwinden. Kulturelle und religiöse Führungspersonen werden nicht verschont, wie die Festnahme von Oleksandr Knyha, dem Leiter des

Musik- und Sprechtheaters der Oblast Cherson, durch die Russische Föderation, und die angebliche Entführung von Serhij Chudynowjtsch, einem Priester der Orthodoxen Kirche der Ukraine in der Stadt Cherson, zeigen.

Die russische Regierung setzt auch ihre Kampagne fort, alle abweichenden Stimmen im Land zum Schweigen zu bringen, denn sie fürchtet eindeutig, was passieren würde, wenn ihr eigenes Volk die Wahrheit über die Verbrechen des Kremls gegen die Ukraine erführe. Wie die Botschafterin der EU bereits feststellte, wurde unter dem Druck der neuen drakonischen russischen Zensurgesetze, die seit dem 24. Februar in Kraft sind, ein weiteres anerkanntes unabhängiges Medienunternehmen, die vom Friedensnobelpreisträger Dmitrij Muratow geleitete „Nowaja Gazeta“, gezwungen, seinen Betrieb einzustellen. Nach der kürzlichen Schließung zahlreicher anderer Medienunternehmen, darunter „Echo Moskwy“ und „Doschd TV“, haben die Menschen in Russland nun keinen Zugang mehr zu den wichtigsten unabhängigen Medien. Die Hauptinformationsquelle der Öffentlichkeit über diesen Krieg ist eine Regierung, die sich erstens weigert, ihn als Krieg zu bezeichnen, und zweitens ihre Bevölkerung mit andauernden Lügen und Desinformation füttert, wie mit der ungeheuerlichen Behauptung, die ukrainischen Truppen zerstörten ihre eigenen Städte.

Die russischen Journalisten, die am Sonntag den ukrainischen Präsidenten Selenskyj interviewten, konnten ihren Bericht im eigenen Land nicht veröffentlichen, ohne wegen Verstoßes gegen die neuen Zensurgesetze bis zu 15 Jahre Gefängnis zu riskieren. Unabhängige Stimmen, darunter die eines mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Journalisten, zum Schweigen zu bringen, ist das Markenzeichen eines totalitären Polizeistaats und ein trauriger Kommentar zu dem, was aus Russland geworden ist.

Und es ist nicht Russland allein. Auch Belarus trägt Mitschuld. Seit fast zwei Jahren geht das Lukaschenko-Regime brutal gegen die Zivilgesellschaft vor. Es hält über 1 100 politische Gefangene fest, verweigert seinen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen, unterdrückt brutal abweichende Meinungen und ermöglicht nun aktiv den Krieg Putins gegen die Ukraine. Das Lukaschenko-Regime lässt zu, dass sein Hoheitsgebiet als Abschussrampe gegen die Ukraine genutzt wird, und wir gehen davon aus, dass von belarussischem Luftraum aus Raketen auf die Ukraine abgefeuert wurden. Das Lukaschenko-Regime ist deshalb eindeutig verantwortlich für die schreckliche Invasion, die sich in der Ukraine entfaltet.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend auf die Worte von Präsident Biden in Warschau am letzten Sonntag hinweisen, die uns daran erinnern „dass die Unterdrücker niemals siegen werden, egal wie schrecklich die Angriffe der Russischen Föderation in der Ukraine sind. Präsident Biden sagte: „Immer wieder zeigt die Geschichte, dass auf die dunkelsten Momente der größte Fortschritt folgt. Ein Diktator, der ein Imperium wieder aufbauen will, wird niemals die Freiheitsliebe eines Volkes auslöschen. Brutalität wird niemals ihren Willen zur Freiheit niederwalzen. Wir werden eine andere Zukunft haben, eine bessere Zukunft, die auf Demokratie, Prinzipien, Hoffnung und Licht fußt.“

Wir werden das ukrainischen Volk dabei unterstützen, für seine Zukunft zu kämpfen, solange es nötig ist.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte dem Gouverneur von Mykolajiw, Witalij Kim, für seinen Bericht über die Lage in seiner Region danken und unser tief empfundenes Mitgefühl angesichts der Verluste an Menschenleben in seiner Region und überall in der Ukraine aussprechen. Die grausamste Folge von Russlands unprovokiertem Angriffskrieg ist die Not von Tausenden unschuldigen ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten, die von den russischen Streitkräften getötet, verstümmelt und entführt wurden. Und die der Tausenden, die in den belagerten Städten ausharren. Wir haben gerade einige dieser erschütternden Einzelschicksale von unserem ukrainischen Kollegen gehört. Diese Menschen durchleben den Alptraum, den Präsident Putin erschaffen hat, jeden Tag und jede Nacht. Sie sind die Opfer möglicher Kriegsverbrechen.

Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte berichtet, dass die meisten der Tausenden Opfer unter der Zivilbevölkerung infolge des Einmarsches Russlands durch den Einsatz von Waffen mit Sprengwirkung ums Leben kamen, unter anderem durch den Beschuss mit schwerer Artillerie und Mehrfachraketenwerfer-Systemen sowie Raketen- und Luftangriffe. Dies sind Waffen mit Flächenwirkung, deren Einsatz gegen die Zivilbevölkerung – wie vielfach berichtet wurde – als Kriegsverbrechen angesehen werden könnte, ebenso wie der mutmaßliche Einsatz von Streumunition. Nach Angaben von Amnesty International belegen überprüfte Berichte und Videoaufnahmen zahlreiche militärische Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen. Direkte militärische Angriffe der russischen Streitkräfte auf zivile Ziele sind ein weiteres mögliches Kriegsverbrechen.

Die Bombardierung und Verminung humanitärer Korridore – humanitärer Korridore, wie sie Russland angeblich mehrfach zugesagt, dann aber jedoch bombardiert hat – ist auch ein mögliches Kriegsverbrechen. Es gibt Berichte, wonach die russischen Streitkräfte Tausende Einwohnerinnen und Einwohner aus der Ukraine nach Belarus deportiert haben, was nach Artikel 49 der 4. Genfer Konvention verboten ist und ebenfalls ein Kriegsverbrechen darstellen könnte. Es gibt Berichte über russische Truppen, die in besetzten Gebieten plündern und humanitäre Konvois überfallen. Ein weiteres mögliches Kriegsverbrechen.

Dies sind schwerwiegende und glaubwürdige Anschuldigungen von Kriegsverbrechen. Aus diesem Grund hat Kanada mit vielen Partnern hier in diesem Saal die Situation



in der Ukraine dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet. Wie Kanadas Minister für öffentliche Sicherheit, Marco Mendicino, am Dienstag sagte, zerstört die „Kriegsmaschinerie“ von Präsident Wladimir Putin Häuser, Krankenhäuser und Schulen und „angesichts der eklatanten Verletzungen des Völkerrechts durch Putin und das russische Militär wird sich Kanada weiterhin dafür einsetzen, dass sie für ihre rechtswidrigen Taten zur Verantwortung gezogen werden“. Kanada glaubt an die internationale Justiz und daran, dass diejenigen, die Kriegsverbrechen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden, und wir fordern, dass Russland für seine Taten in der Ukraine zur Verantwortung gezogen wird.

Herr Vorsitzender,

die Menschenrechtsverletzungen und die Härten, denen unschuldige ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten aufgrund des militärischen Einmarschs von Putin ausgesetzt sind, sind ebenfalls zahlreich und wurden auf dem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension in dieser Woche und in den Ausführungen des Bürgermeisters von Melitopol, Iwan Fedorow, und des Journalisten Oleh Baturin gestern ausführlich dargelegt. Ich stelle fest, dass die russische Delegation sich geweigert hat, an dem Treffen teilzunehmen und sich das außerordentliche Elend anzuhören, das sie mit ihrem Angriffskrieg in der Ukraine verursacht hat. Meine Delegation und die meisten anderen in diesem Saal haben zugehört. Und eine Erzählung hat mir die unglaubliche Widerstandskraft vor Augen geführt, die die einfachen Ukrainerinnen und Ukrainer angesichts scheinbar unüberwindlicher Schwierigkeiten an den Tag gelegt haben. Es war die Geschichte einer schwangeren Frau in Irpin während der kurzzeitigen Besetzung Russlands dort. Da keine angemessene medizinische Versorgung zur Verfügung stand und eine Evakuierung zu Fuß nicht möglich war, blieb dieser Frau keine andere Wahl, als im Keller ihres eigenen Hauses zu entbinden. Mit der Hilfe eines israelischen Arztes, der sie über das Telefon anleitete, gelang es ihr, ihr Baby ganz allein zu entbinden, ohne jedwede medizinische Ausrüstung oder Versorgung und ohne dass ihr jemand zur Seite stand. Mutter und Kind konnten mittlerweile beide in ein sichereres Gebiet des Landes entkommen. Diese Frau ist eine weitere Ukrainerin, deren erstaunliche Widerstandsfähigkeit und Findigkeit in einer überaus traumatischen Lage unsere Anerkennung und Bewunderung verdient.

Herr Vorsitzender,

mein Kollege aus der Russischen Föderation wird heute wahrscheinlich erneut versuchen, von der Verantwortung für seine eigenen Handlungen abzulenken und uns mit Desinformation in die Irre zu führen, vielleicht mit der Behauptung, es seien die ukrainischen Streitkräfte, die Kriegsverbrechen begingen. Anstatt hier falsche Anschuldigungen vorzubringen oder eine inländische „Untersuchungskommission“ einzurichten, die eindeutig dem Kreml verpflichtet ist, sollten, wenn es berechnete Vorwürfe gegen das ukrainische Militär – das sich verteidigt – gibt, die Beweise zur Untermauerung derartiger Behauptungen dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs vorgelegt werden, der eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Situation in der Ukraine durchführt.

Herr Vorsitzender,

am meisten leiden die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten in den besetzten Städten, auf die geschossen wird, die Neugeborenen, die aufgrund der russischen Blockade von Lebensmitteln und medizinischen Hilfsgütern keine lebenswichtige Nahrung

erhalten und die tapferen Bürgerinnen und Bürger, die heldenhaft kämpfen, um ihre belagerten Städte zu schützen. Je länger der Konflikt andauert, desto mehr Ukrainerinnen und Ukrainer werden unnötig leiden. Wir fordern eine bedingungslose Waffenruhe und den unverzüglichen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Wenn diese zwei Bedingungen erfüllt sind, hoffe ich, dass wir hier in der OSZE zu einem sinnvollen Dialog zurückkehren können.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Auf dem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension diese Woche haben wir von ukrainischen Organisationen der Zivilgesellschaft erschütternde Geschichten über die humanitären Auswirkungen des vorsätzlichen und ungerechtfertigten Kriegs von Präsident Putin gegen die Ukraine gehört.

Unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Zivilgesellschaft haben beschrieben, wie sie während des russischen Beschusses, der auf Dörfer, Ortschaften und Städte überall in der Ukraine niederging, in Kellern Schutz gesucht haben. Die menschlichen Opfer werden mit jedem Tag der unterschiedslosen Angriffe Russlands auf zivile Gebiete mehr und mehr. Tragischerweise wurden nach Angaben der Vereinten Nationen bereits über 100 Kinder getötet. Ich bin auch Gouverneur Kim für sein Kommen heute dankbar, und für seinen Bericht über die schrecklichen Auswirkungen der Invasion Russlands auf seine Region, darunter der jüngste Angriff auf das regionale Verwaltungsgebäude. Ich spreche den Angehörigen aller Opfer im Namen des Vereinigten Königreichs mein Beileid aus.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft haben auch über die verheerende Lage in den ukrainischen Städten wie Tschernihiw, Sumy, Charkiw und Mariupol berichtet, die von den russischen Truppen eingeschlossen wurden. In dem Bemühen, den Widerstand in diesen Städten zu brechen, hat die russische Regierung einen neuen Tiefpunkt erreicht, indem sie durch Dauerbeschuss und ihre Weigerung, humanitäre Hilfslieferungen in diese Städte zuzulassen, faktisch eine humanitäre Krise erzwungen hat. Allein in Mariupol sind nach Schätzungen der örtlichen Behörden fast 5 000 Menschen getötet worden.

Gestern hatten viele Delegationen Gelegenheit, die Berichte der ukrainischen Vortragenden über die erschütternden Menschenrechtsverletzungen zu hören, die die russischen Streitkräfte in den von ihnen kontrollierten Städten begehen. Der Bürgermeister von Melitopol, Iwan Fedorow, beschrieb, wie er am helllichten Tag von den russischen Streitkräften entführt und sechs Tage lang festgehalten wurde, wo er mithören musste, wie andere Inhaftierte gefoltert wurden. Leider gibt es viele andere ukrainische Kommunalbeamtinnen und -beamte, die von russischen Streitkräften entführt und noch nicht wieder freigelassen wurden. Ich möchte nur einige von ihnen namentlich nennen: Serhij Prjima, Vorsitzender des Bezirksrats von Melitopol, Olena Plaksina, Mitglied des Stadtrats von Tokmak,

Viktor Mariuniak, Dorfvorsteher von Stara Zburjiwka, Mykola Maslij, Mitglied des Stadtrats von Kupjansk und Oleksandr Medwedjow, Bürgermeister von Snowsk.

Auf derselben Veranstaltung berichtete Oleg Baturin, ein Journalist aus Kachowka, wie er acht Tage lang von russischen Streitkräften gefangen gehalten wurde, die ihm erklärten, sie wollten für seine journalistische Tätigkeit Rache nehmen.

Ich bin dem ukrainischen Botschafter sehr dankbar für die Abhaltung dieses Treffens und den Rednerinnen und Rednern für ihren Mut, über die gerade von ihnen erlebten Geschichten zu berichten.

Herr Vorsitzender, Russland greift auf diese verabscheuungswürdige Taktik zurück, weil es gegen die Entschlossenheit von Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern, die in einer freien, demokratischen Ukraine leben möchten, nicht ankommt. Diese mutigen Zivilistinnen und Zivilisten marschieren oft mit nichts weiter als einer ukrainischen Flagge auf die Panzer und russischen Streitkräfte zu, die auf die Demonstrierenden schießen. Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Journalistinnen und Journalisten, Priester, Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft und Veteraninnen und Veteranen des ukrainischen Militärs werden alle zum Ziel von Angriffen. Entsetzlicherweise gibt es zahlreiche Berichte über sexuelle Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, durch die russischen Streitkräfte.

Ich möchte den ukrainischen Organisationen der Zivilgesellschaft und ihren mutigen Mitgliedern für ihr großes Engagement bei der Offenlegung dieser Gräueltaten meine Anerkennung aussprechen. Ihre Tätigkeit wird dabei helfen, sicherzustellen, dass Russland für seine Taten zur Rechenschaft gezogen wird. Die Zusammenarbeit zwischen der ukrainischen Regierung und Organisationen der Zivilgesellschaft ist auch ein Beispiel für uns alle, wie eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich frei äußern kann, die Sicherheit eines Landes erhöht – selbst unter den schwierigsten Umständen.

Die Menschen und die Regierung des Vereinigten Königreichs stehen fest und entschlossen an der Seite der Menschen in der Ukraine. Zu diesem Zweck haben wir militärisches Gerät, wirtschaftliche Unterstützung und humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt und die Bemühungen unterstützt, die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen zu gewährleisten, unter anderem durch die Ernennung von Sir Howard Morrison QC zum unabhängigen Berater von Iryna Wenediktowa, um die Ukraine auf der Suche nach Gerechtigkeit für die Taten der russischen Regierung zu unterstützen.

Präsident Putin versucht das Ausmaß der Gräueltaten, die wir gesehen haben, vor seinem Volk und vor der Welt zu verbergen. Die russische Regierung verbreitet eine Unmenge an Desinformationen, greift die Infrastruktur von TV- und Radiosendern in der Ukraine an, blockiert die freien Medien in Russland und inhaftiert Journalistinnen und Journalisten. Nun versucht sie die unparteiische, auf Fakten beruhende Berichterstattung der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine zu unterbinden, indem sie die Verlängerung ihres Mandats einseitig blockiert.

Doch, Herr Vorsitzender, wie die entscheidenden Abstimmungen bei den Vereinten Nationen gezeigt haben, lässt sich die internationale Gemeinschaft nicht täuschen. Das Vereinigte Königreich lässt sich gewiss nicht täuschen – keine noch so große Menge an Desinformation oder scheinheiliger Vorspiegelung eines Truppenabzugs wird uns davon

ablenken, was nötig ist, um das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden. Russland muss diesen nicht zu rechtfertigenden Krieg beenden, humanitären Zugang ermöglichen, sich an das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht halten, seine Truppen abziehen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine achten.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

seit dem Beginn des unprovokierten, ungerechtfertigten, illegalen und illegitimen Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine, der eine klare fortgesetzte Verletzung des internationalen Völkerrechts darstellt und – unglücklicherweise – in jeder Sekunde, die wir hier sprechen, enorme menschliche Tragödien verursacht, sind fünf Wochen vergangen. Er muss aufhören.

Wir fordern nachdrücklich und aufrichtig die sofortige und dauerhafte Ausrufung einer Waffenruhe vor Ort.

Wie viele andere Länder bemüht sich mein Land unermüdlich mit allen Parteien darum, eine friedliche Beilegung dieser Krise zu ermöglichen.

Im Anschluss an die Telefongespräche von Präsident Erdoğan mit den Präsidenten Selenskyj und Putin letztes Wochenende trafen sich am Dienstag Verhandlungsdelegationen aus der Russischen Föderation und der Ukraine in Istanbul. Wir hoffen, dass die laufenden Gespräche den Weg für eine Rückkehr zum Dialog und zur Diplomatie ebnen werden.

Unser Land würde den Prozess der sofortigen Herbeiführung einer Waffenruhe und von Frieden weiterhin auf jegliche Art und Weise unterstützen.

Herr Vorsitzender,

leider spitzt sich die humanitäre Krise infolge des fortgesetzten russischen Angriffs zu.

In einem Monat wurde mehr als ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung vertrieben. Diese Zahlen steigen täglich.

Schätzungen zufolge sitzen 13 Millionen Menschen in den betroffenen Gebieten fest oder können sie wegen des erhöhten Sicherheitsrisikos, der Zerstörung von Brücken und

Straßen sowie aufgrund mangelnder Ressourcen oder Informationen dazu, wo sie Sicherheit und Unterkunft finden können, nicht verlassen.

Millionen von Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine leben heute in ständiger Angst. Millionen können ihre Grundbedürfnisse, auch nach Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten, nicht stillen.

Die humanitäre Hilfe der türkischen Regierung wird unvermindert fortgesetzt.

Vertreterinnen und Vertreter unserer Regierung, nichtstaatlicher Organisationen und des Türkischen Roten Halbmonds sind an der Grenze stationiert, um den Flüchtlingen, die aus der Ukraine fliehen, zu helfen.

Wir unterstützen und erleichtern auch weiterhin Hilfseinsätze der Vereinten Nationen von der Türkei aus.

Wir rufen dazu auf, die Arbeit der VN-Agenturen im humanitären Bereich in der Ukraine zu erleichtern.

Wir bedauern, dass sich Kinder in einer verheerenden Lage befinden. Wie der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes erklärte, wurden Schätzungen zufolge rund hundert Kinder getötet und Tausende verletzt. Dies ist eine Krise der Kinderrechte von enormem Ausmaß. Nach Berichten des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) wurden 4,3 Millionen Kinder in der Ukraine vertrieben – das ist mehr als die Hälfte der geschätzt 7,5 Millionen Kinder in der Ukraine. Diese Tragödie muss aufhören.

Lassen Sie mich wiederholen, dass wir den laufenden Angriff auf die Ukraine ablehnen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Herr Vorsitzender,

mein Land will Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region. Wir werden weiterhin entschieden auf Frieden drängen und das Völkerrecht achten. Wir werden weiterhin alle Bemühungen in jedwedem Format unterstützen, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näher bringen.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Ich möchte ihr als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht in den zweiten Monat und wir stehen vor einer der schwersten humanitären Katastrophen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Blutzoll dieses bewusst geführten Krieges wird jeden Tag größer. Die Bombardierungen und der Beschuss, die Tausende Menschen töten und Millionen vertreiben, dauern an. Jüngst wurde von den Vereinten Nationen berichtet, dass 145 unschuldige Kinder in diesem Krieg ums Leben kamen und nun mehr als die Hälfte der Kinder in der Ukraine vertrieben sind.

Besonders verheerend ist die Lage in der belagerten Stadt Mariupol, wo die örtlichen Behörden über Tausende Opfer und einen akuten Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten berichtet haben.

Wir sind nach wie vor besorgt über die fortgesetzten Entführungen und Hinrichtungen durch die russischen Streitkräfte und auch angesichts der Berichte über die Zwangsdeportation von Einwohnerinnen und Einwohnern der besetzten Gebiete nach Russland. Erst gestern haben wir die Augenzeugenberichte des Bürgermeisters von Melitopol, Iwan Fedorow, und des Journalisten von „Novyj Den“, Oleh Baturin, über dieses brutale Vorgehen vernommen; und heute berichtete uns der Gouverneur der Region Mykolajiw, Witalyj Kim, von der Geißel des Krieges, darunter über die verheerenden Folgen des russischen Raketenangriffs auf das Gebäude der Regionalregierung.

Herr Vorsitzender,

wir sind nach wie vor zutiefst beunruhigt über die Umwelt-, Nuklear- und Strahlungsrisiken für die Sicherheit, die von der russischen Aggression verursacht werden. Wir unterstützen die Bemühungen der Internationalen Atomenergie-Organisation, die Sicherheit der



kerntechnischen Anlagen der Ukraine zu gewährleisten. Wir fordern Russland erneut nachdrücklich auf, diese Anlagen nicht weiter zu gefährden, denn ein solches Vorgehen könnte verheerende Folgen für den ganzen europäischen Kontinent mit sich bringen.

Herr Vorsitzender,

neben dem ukrainischen Hoheitsgebiet besetzt Russland nach wie vor Gebiete Georgiens und unternimmt Schritte zu deren Annexion. Ich möchte den Ständigen Rat davon in Kenntnis setzen, dass der sogenannte Präsident des russischen Besatzungsregimes in Zchinwali gestern die Entscheidung ankündigte, in der nahen Zukunft Schritte zur „Vereinigung“ mit Russland zu unternehmen. Wir betrachten diese Ankündigung als einen weiteren Versuch, die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens auszuhöhlen und verurteilen sie auf das Schärfste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Vorgehen Russlands ist eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts. Wir schließen uns den Bemühungen der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft an, mithilfe aller zur Verfügung stehenden internationalen rechtlichen Mechanismen sicherzustellen, dass angesichts der Verbrechen, die Russland begeht, der Gerechtigkeit Genüge getan wird.

Wir fordern Russland auf, unverzüglich seine Aggression einzustellen, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs Folge zu leisten und das humanitäre Völkerrecht zu achten.

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Norwegen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir, als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen einen anderen OSZE-Teilnehmerstaat verursacht zurzeit die größte humanitäre Krise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten sind nicht hinnehmbar. Die Schäden und Zerstörungen an der zivilen Infrastruktur, einschließlich der Lebensmittelversorgungs- und -vertriebssysteme, sind wahrhaft verheerend.

Herr Vorsitzender,

es handelt sich sowohl um eine humanitäre als auch um eine entwicklungspolitische, sowohl um eine ukrainische als auch um eine globale Krise.

Die Ukraine selbst ist durch den Konflikt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen worden. Vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden gezwungen, das Land als Flüchtlinge zu verlassen.

Der Konflikt wird die diesjährige landwirtschaftliche Produktion in der Ukraine massiv beeinträchtigen, was zu einer verschärften weltweiten Ernährungsunsicherheit führen wird. In Verbindung mit den steigenden Rohstoff- und Energiepreisen könnte dies zu sozialen Unruhen und Instabilität auf der ganzen Welt führen.

Herr Vorsitzender,

in den letzten Wochen haben uns zahlreiche Berichte über Entführungen und das Verschwindenlassen örtlicher Aktivistinnen und Aktivisten, Journalistinnen und Journalisten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gebietskörperschaften in von den russischen Streitkräften kontrollierten Gegenden erreicht. Gestern haben wir die persönlichen Schilderungen des Bürgermeisters von Melitopol, Iwan Fedorow, der entführt und sechs Tage lang

willkürlich festgehalten wurde, und des Journalisten Oleh Baturin, der willkürlich verhaftet und acht Tage lang unter unwürdigen Bedingungen festgehalten wurde, vernommen. Außerdem wurden wir in Kenntnis gesetzt, das sich über 29 weitere ukrainische Amtsträgerinnen und -träger noch immer in Gefangenschaft oder willkürlich verhängter Haft befinden.

Diese Maßnahmen sind nicht nur grausam und unmenschlich, sondern beeinträchtigen auch die Fähigkeit der lokalen Behörden, ihre Pflichten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in ihren Gemeinden zu erfüllen, humanitäre Anstrengungen auf die Beine zu stellen und die Folgen des Krieges für die Menschen zu mildern. Sie stellen eine klare Verletzung der OSZE-Verpflichtungen dar. Wir fordern Russland auf, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die für das Verschwindenlassen und die Entführungen verantwortlich sind, diese verwerfliche Praxis einstellen und ihren Opfern die Rückkehr in ihre Heimstätten ermöglichen.

Wir bekräftigen erneut, dass das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte geachtet werden müssen und dass die Zivilbevölkerung in der Ukraine geschützt werden muss.

Die russische Aggression hat langfristige Folgen für die Ukraine. Sie verschärft zudem andere humanitäre Krisen und unterminiert weltweit die wirtschaftliche Entwicklung, den Frieden und die Sicherheit. Die beste Form der humanitären Hilfe, die Russland jetzt leisten kann, besteht darin, seinen Angriff auf die Ukraine zu beenden.

Herr Vorsitzender,

wir begrüßen die Rolle der Türkei bei der Ermöglichung von Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine.

Vor allem aber fordern wir die Russische Föderation eindringlich auf, ihre Truppen abzuziehen und ihre Aggression gegen die Ukraine zu beenden.

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION MOLDAUS**

Herr Vorsitzender,

wir stimmen den Aussagen der Delegation der Europäischen Union zum größten Teil zu. Zugleich möchten wir auch Folgendes festhalten:

Die Republik Moldau hat den unprovzierten und ungerechtfertigten kriegerischen Akt Russlands gegen die Ukraine von allem Anfang an auf das Schärfste verurteilt. Er stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und eine schwerwiegende Verletzung grundlegender Prinzipien unserer Organisation dar.

Der Krieg hat eine große humanitäre Krise ausgelöst, die unvorstellbare Ausmaße angenommen hat. Fast ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung musste seine Heimstätten verlassen und in anderen Teilen des Landes oder im Ausland Zuflucht suchen.

In den letzten Wochen sind wir alle Zeugen des heftigen Beschusses ziviler Infrastruktur geworden, der unschuldige Opfer und massive Zerstörungen gefordert hat. Wir verurteilen diese Aktionen aufs Schärfste. Sie stellen nicht hinnehmbare Verstöße gegen das humanitäre Recht dar, für die es keine Entschuldigung geben kann.

All dies macht es zu einer Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit, dass alle militärischen Aktionen unverzüglich eingestellt, sichere Durchgangskorridore gewährleistet und dafür gesorgt wird, dass humanitäre Hilfe zu den Bedürftigen gelangen kann.

Wenn wir Tag für Tag die steigenden Flüchtlingszahlen in Polen, der Slowakei, Ungarn oder Rumänien sehen, ist das erschreckend, ja ich möchte sagen: katastrophal.

Auch mein Land beherbergt zurzeit nach wie vor eine große Anzahl von Flüchtlingen. In den letzten fünf Wochen sind fast 400 000 Menschen auf der Flucht vor den Schrecken des Krieges aus der Ukraine nach Moldau gelangt. Fast 100 000 von ihnen befinden sich noch in Moldau, die Hälfte davon Kinder.

Ich kann Ihnen versichern, dass unsere zuständigen Institutionen mit Unterstützung unserer internationalen Partner denjenigen, die sich entschieden haben, in Moldau zu bleiben, jede notwendige Hilfe zukommen lassen.

Der Beschuss und die Bombardierungen finden in unmittelbarer Nähe der Grenzen Moldaus statt. Von Mykolajiw zu uns sind es in westlicher Richtung weniger als 200 Kilometer, und unsere Grenze zur Ukraine ist 1 200 Kilometer lang.

In Moldau ist der Grundsatz der Neutralität seit 1994 in der Verfassung verankert. Aber diese Neutralität wird nicht von allen respektiert. Wie Sie alle wissen, befinden sich russische Streitkräfte auf dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau. Diese schaffen natürlich allesamt zusätzliche Risikofaktoren. Die moldauischen Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um den Frieden, die Stabilität und den sozialen Zusammenhalt in der Republik Moldau zu erhalten, aber nicht alles liegt in der Hand der Behörden in Chişinău.

Abschließend möchte ich erneut die entschlossene und unerschütterliche Unterstützung der Republik Moldau für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

aufgrund der destruktiven Haltung der Russischen Föderation steht die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) kurz davor, ihre Arbeit endgültig einzustellen. Ich werde heute Ihre Zeit nicht mit der Erörterung unserer Enttäuschung und unserer Besorgnisse oder mit Verurteilungen verschwenden. Die Sachlage ist ja ohnehin mehr als offensichtlich geworden, insbesondere im letzten Monat. Alles, was Russland tut, ist darauf gerichtet, seine aggressive, imperialistische und xenophobe Politik – mit einem Wort: seinen „Ruskismus“ – zu unterfüttern, die sich in einem groß angelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine Bahn gebrochen hat. Gleichzeitig wird die ganze Welt Zeuge, wie Russland in der Ukraine weiterhin Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht – ein deutlicher Hinweis darauf, wie weit die russische Aggression gehen kann, wenn ihr nicht so bald wie möglich durch gemeinsam koordinierte internationale Bemühungen entschieden Einhalt geboten wird.

Betrachtet man die bisherigen Schritte Russlands in der OSZE, so ergibt sich ein recht klares Bild davon, wie Moskau seine Teilnahme an der Organisation zur Unterstützung seiner Aggressionspläne instrumentalisiert hat. Ich bin sicher, dass für die Mehrheit der Delegationen nunmehr offenkundig ist, dass die destruktive Entscheidung der Russischen Föderation letztes Jahr, das Mandat der OSZE-Beobachtermission an den beiden Grenzkontrollposten Gukowo und Donezk nicht zu verlängern, nur ein Vorbereitungsschritt im Hinblick auf die rechtswidrige Anerkennung der sogenannten Republiken DVR und LNR und auf den Start ihres Angriffskrieges gegen die Ukraine war.

Es ist bemerkenswert, dass die russische Stadt Kamensk-Schachtinski, in der sich einst das Hauptquartier der Mission befand, zu einem der wichtigsten Zentren für die Mobilisierung von Reservisten wurde, einschließlich derjenigen aus den vorübergehend besetzten Teilen der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk. In der Stadt befindet sich auch ein zentraler russischer Militärstützpunkt für Reservefahrzeuge. Es steht außer Zweifel, dass die Präsenz der OSZE vor Ort ein Hindernis für die Umsetzung der russischen Vorbereitungen für einen Einmarsch in die Ukraine darstellte.

Ich möchte auch daran erinnern, dass der russische Vertreter bei den diesbezüglichen Gesprächen im vergangenen Jahr mehrfach betont hat, dass eine bestimmte Entscheidung von höchster Stelle, also von Präsident Wladimir Putin, persönlich getroffen worden sei. Jetzt ist klar, was der Hintergrund dieser Aussagen war.

Die gleiche Logik liegt dem Widerstand Russlands gegen die Wiedereröffnung der OSZE-Mission in Georgien zugrunde, die, wenn sie wieder eingerichtet würde, die laufende rechtswidrige Präsenz Moskaus in den besetzten georgischen Gebieten stören würde.

Diese russische Art der Politik in der OSZE ist längst zu einem Hindernis für die Glaubwürdigkeit der Organisation insgesamt geworden. Es ist höchste Zeit, offen anzusprechen, dass die russische Delegation mittlerweile erwiesenermaßen nichts anderes als ein Instrument zur Verbreitung der Propaganda und der falschen Narrative Moskaus ist. Im Übrigen stellt sich auch die Frage nach der Unparteilichkeit des von Russland entsandten Personals, sowohl im OSZE-Sekretariat als auch bei den Feldoperationen. Da sie von staatlichen Stellen – die Teil des russischen Aggressionsregimes sind – entsandt sind, ist es diesen Personen schlichtweg unmöglich, unparteiisch zu bleiben und die einschlägigen Anforderungen und Standards zu erfüllen, denen OSZE-Personalangehörige unterliegen. Ich werde diese Frage auch bei anderen Gelegenheiten zur Sprache bringen.

Herr Vorsitzender,

leider bringt es der tragische russische Angriffskrieg mit sich, dass gerade jetzt die SMM in der Ukraine noch viel mehr wichtige Aufgaben erfüllen könnte. Doch wie wir in der Vergangenheit gesehen haben und wie es auch die aktuellen Entwicklungen bestätigen, versucht Russland die internationale Gemeinschaft immer gerade dann und dort ihrer „Augen und Ohren vor Ort“ zu berauben, wenn und wo die russischen Verbrechen allzu offensichtlich werden. Ich möchte betonen, dass die destruktive Entscheidung der Russischen Föderation dieser nicht dabei helfen wird, sich der Verantwortung für sämtliche schwerwiegenden völkerrechtlichen Verbrechen zu entziehen, die sie in der Ukraine bereits begangen hat. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene wird bereits daran gearbeitet, Beweise zu sammeln und die russische Führung sowie die einzelnen Täterinnen und Täter vor Gericht zu stellen.

Die Ukraine hat das Mandat der SMM und die Aktivitäten der Mission im gesamten international anerkannten Hoheitsgebiet unseres Landes stets unterstützt. Der Grund für diese konsequente Haltung ist völlig klar und offenkundig: Wir stehen seit jeher auf der Seite des Friedens, des Völkerrechts und der Menschenrechte – Frieden für die Ukraine und ihre Menschen in allen Teilen unseres Landes, von Kyjiw bis Sewastopol, von Uschhorod bis Luhansk.

Absatz 2 des Beschlusses Nr. 1117 des Ständigen Rates vom 21. März 2014 enthält betreffend das Mandat der SMM die Bestimmung, „dass es das Ziel dieser Mission sein wird, im ganzen Land und in Zusammenarbeit mit den betreffenden OSZE-Durchführungsorganen und maßgeblichen Akteuren der internationalen Gemeinschaft (wie die Vereinten Nationen und der Europarat) zum Abbau der Spannungen und zur Förderung des Friedens, der Stabilität und Sicherheit sowie zur Beobachtung und Unterstützung der Umsetzung aller OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen beizutragen“.

Deshalb möchte ich unseren Standpunkt noch einmal bekräftigen und unterstreichen: Die Ukraine ist als Gastland in hohem Maße an der weiteren Präsenz der SMM vor Ort und vollständigen Umsetzung ihrer mandatsgemäßen Aktivitäten interessiert.

Indem Russland den Konsens zum Mandat der SMM blockiert, entscheidet es sich dafür, den verheerenden Krieg fortzusetzen, anstatt Friedensbemühungen zu unterstützen. Jedoch hat die Russische Föderation nach wie vor die Möglichkeit, sich für Weiteres zu entscheiden. Dazu bedarf es nur des entsprechenden politischen Willens.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.



---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen für Ihre Bemühungen um eine Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), wie es auch unsere bevorzugte Option gewesen wäre. Das Gastland Ukraine befürwortet die Fortführung der Mission nachdrücklich, und auch unter den Teilnehmerstaaten genießt dies überwältigende Unterstützung. Wir bedauern, dass sich die Russische Föderation dem diesbezüglichen Konsens nicht anschließen wird.

Auf unparteiische und transparente Weise Tatsachen betreffend die Lage vor Ort zu erfassen und zu analysieren, wie es die SMM in den vergangenen acht Jahren getan hat, wäre in der gegenwärtigen Lage von hohem Wert. Mit einem verlängerten Mandat wäre dies, sobald sich die Sicherheitslage erst einmal verbessert hätte, möglich gewesen. Noch immer bewundern wir die Professionalität, den Einsatz und den Mut, mit denen das SMM-Personal bis zu seiner Verlegung und auch danach seine mandatsgemäßen Aufgaben wahrgenommen hat.

Wir können uns nach wie vor eine Rolle der SMM in der Ukraine vorstellen. In der gegenwärtigen Lage unterstützen wir daher den Vorsitz in seinem Bestreben, die Konsultationen über das SMM-Mandat fortzusetzen. In der Zwischenzeit ist es wichtig, dass die SMM mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, um ihre administrativen Aufgaben zu erfüllen, und wir unterstützen daher den vom Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin vorgeschlagenen Weg.

Norwegen wird weiterhin alle Bemühungen um die Verlängerung des Mandats der SMM und die neuerliche Entsendung der Mission in die Ukraine befürworten. Wir werden den Amtierenden Vorsitzenden, die OSZE-Troika und die Generalsekretärin in dieser Hinsicht unterstützen.

Danke.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union nimmt die Bekanntgabe des Vorsitzes zur Kenntnis, dass die Russische Föderation sich nicht in der Lage sehe, einer Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) über den 31. März hinaus zuzustimmen. Die Europäische Union bedauert diese Verlautbarung Russlands zutiefst. Überrascht sind wir jedoch nicht. Im Rahmen seines Kriegs gegen die Ukraine scheint Russland entschlossen, jede einzelne OSZE-Verpflichtung, jede einzelne völkerrechtliche Verpflichtung und jede einzelne lokale Sicherheitsgarantie zu demontieren, wodurch es sich jeglicher Aussicht auf unparteiische Informationen und Berichte über die wahre Sicherheitslage in der Ukraine in den Weg stellt. Dies war auch schon der Fall, als Russland sich im vergangenen Herbst weigerte, die Grenzbeobachtermission in Gukowo und Donezk zu verlängern.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bekräftigen ihre uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk. Wir verurteilen den vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die unabhängige und souveräne Ukraine mit aktiver Unterstützung durch Belarus als Mitaggressor auf das Schärfste. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht. Der Standpunkt der Europäischen Union zu der groben Verletzung des Völkerrechts, der UN-Charta und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch Russland wurde im Ständigen Rat bereits klar zum Ausdruck gebracht. Russland allein ist für die Verschlechterung der Sicherheitslage vor Ort verantwortlich, die die vorübergehende Evakuierung und Verlegung des internationalen und nationalen Personals der SMM überhaupt erst erforderlich gemacht hat. Nach wie vor betrauern wir den tragischen Tod der nationalen SMM-Personalangehörigen Maryna Fenina sowie der Tausenden weiterer unschuldiger ziviler Opfer der militärischen Aggression Russlands.

Unser Standpunkt zur Rolle und Bedeutung der SMM ist ebenfalls wohlbekannt. Die SMM ist eine einzigartige OSZE-Mission, die durch die Sammlung von Informationen und die Berichterstattung über die Lage in der Ukraine nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit unschätzbar wertvolle Arbeit geleistet hat. Die Beobachterinnen und Beobachter vor Ort

haben ihren besonderen Nutzen bei der Erleichterung des Dialogs, der Aushandlung lokaler Waffenruhen und der Verbesserung des Lebens der ukrainischen Bevölkerung unter Beweis gestellt. Diese Arbeit war und ist von entscheidender Bedeutung, da Russland seit 2014 versucht, die Ukraine durch Aggression zu destabilisieren. Die Europäische Union unterstützt die SMM uneingeschränkt und spricht der Mission und ihrem Personal ihre Hochachtung für die engagierte und fruchtbare Arbeit aus, die sie bei der Erfüllung ihres Mandats unter beispiellosen und herausfordernden Umständen leisten.

Die Europäische Union hält es für zwingend nötig, dass die wichtige Arbeit der SMM fortgesetzt und ihr Mandat verlängert wird. Wir unterstützen den Vorsitz und beabsichtigen, uns tatkräftig in alle Konsultationen über das weitere Vorgehen einzubringen. Wir werden auch die Generalsekretärin und ihr Team unterstützen und danken ihnen nochmals für ihren unermüdlichen Einsatz bei der vorübergehenden Evakuierung und Verlegung des SMM-Personals.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seine Haltung zu überdenken, um der SMM die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit zu ermöglichen und in Worten und Taten zu zeigen, dass es sich zu einer Rückkehr zu Dialog und Zusammenarbeit bekennt.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen sehr für Ihre Bemühungen um eine Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), was das bei Weitem vorzuziehende Ergebnis gewesen wäre. Wir bedauern, dass ein einzelner isolierter Teilnehmerstaat, nämlich Russland, die Verlängerung des SMM-Mandats blockiert. Kanada unterstreicht, dass die wichtige Arbeit der SMM bei der Beobachtung und Meldung von Verstößen unter den gegenwärtigen Umständen von noch entscheidenderer Bedeutung sein könnte. Daher unterstützen wir gemeinsam mit anderen uneingeschränkt die Verlängerung des Mandats und des Haushalts der SMM. Die Arbeit der SMM hat in den vergangenen acht Jahren trotz der häufigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit auf der von Russland unterstützten Seite der Kontaktlinie dazu beigetragen, Transparenz zu schaffen und Vertrauen zwischen den kriegführenden Parteien und der ukrainischen Regierung aufzubauen. Wir können nur zutiefst bedauern, dass Russland sich dafür entschieden hat, nicht auf die guten Dienste der OSZE zurückzugreifen, um echte Bemühungen um einen Dialog zu unternehmen. Stattdessen hat es sich dafür entschieden, einen unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine und das ukrainische Volk zu beginnen. Dieser von Russland schon seit Monaten, möglicherweise schon seit Jahren, geplante und vorbereitete Einmarsch in die Ukraine hat die vorübergehende Evakuierung der SMM aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine erforderlich gemacht.

Wie andere befürworten auch wir, dass der SMM ein administrativer Status zugewiesen wird, bis ein Konsens gefunden werden kann. Wir glauben, dass, sobald Russland seinen Angriffskrieg einstellt, alle Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die volle Kontrolle über die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wieder an diese übergibt, ein großer Bedarf an den Fähigkeiten, der Erfahrung, dem Netzwerk und den Instrumenten der SMM beim Wiederaufbau der Ukraine nach den verheerenden Verwüstungen, die die Russische Föderation über sie gebracht hat, bestehen wird. In der Zwischenzeit ist es wichtig, dass die SMM ihre administrativen Aufgaben weiterhin wahrnehmen kann. Daher unterstützen wir den von der Generalsekretärin beschriebenen Ansatz, der eine rasche Wiedereinsetzung der SMM unter diesen Umständen ermöglichen wird.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend die volle Unterstützung Kanadas für die nationalen Personalangehörigen der SMM und deren Familien zum Ausdruck bringen, die sich nach wie vor in der Ukraine in Gefahr befinden. Im Namen Kanadas möchte ich allen Personalangehörigen für ihren mutigen und höchst bedeutsamen Einsatz in den letzten acht Jahren danken. Wir sind überzeugt, dass Ihre Erfahrung und Ihr Fachwissen in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein werden.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollumfänglich an. Darüber hinaus möchte ich in unserer nationalen Eigenschaft, auch als sekundierender Staat, Folgendes ergänzen:

Deutschland bedauert es sehr, dass es allein aufgrund der Haltung der Russischen Föderation nicht gelungen ist, Konsens zur Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission (SMM) über den 31. März 2022 hinaus zu bekommen.

Diese Haltung der Russischen Föderation ist ein gravierender Bruch, der die gesamte Organisation vor große Herausforderungen stellt.

Die Verweigerungshaltung der Russischen Föderation steht in scharfem Widerspruch zum Mehrwert und zu den Erfolgen der SMM in den vergangenen Jahren.

Die SMM hat seit 2014 wesentlich zur Reduzierung der Spannungen beigetragen.

Und ich möchte daran erinnern, dass die SMM mit einem Mandat ausgestattet ist, das es erlauben würde, deutlich mehr zu tun. Die SMM hätte dies auch in der Vergangenheit tun können, wenn sie nicht in ihrer Bewegungsfreiheit durch Russland und seine Marionettenregime in den sogenannten „Volksrepubliken“ über viele Jahre massiv beschränkt worden wäre.

Die jetzige Verweigerungshaltung der Russischen Föderation steht damit in einer beschämenden Kontinuität mit dem, was Russland in der Ukraine seit Jahren anrichtet.

Das Abstellen internationaler Beobachtung durch die Russische Föderation hat System.

Die Verweigerungshaltung der Russischen Föderation untergräbt zudem den umfassenden, kooperativen Ansatz der OSZE. Sie untergräbt das Mandat der OSZE,

Teilnehmerstaaten in Konflikt- und Krisensituationen zu unterstützen, Konflikte de-eskalierend zu begleiten und nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

Die Vertreter der Ukraine haben sich explizit für einen Verbleib der Mission im Land ausgesprochen. Und sie haben dies erneut heute Morgen hier in diesem Saal wiederholt.

Die SMM wird heute nötiger denn je gebraucht. Wie die überwiegende Mehrheit der hier im Saal vertretenen Staaten befürwortet Deutschland daher, dass die SMM weiterhin die aktuelle Lage beobachtet, dokumentiert und darüber berichtet, auch und gerade unter den derzeit sehr schwierigen Umständen.

Das kann in Präsenz geschehen oder übergangsweise durch Auswertung der ihr zur Verfügung stehenden Quellen aus der Ferne. Die OSZE muss die wertvolle Expertise und die Strukturen der Mission erhalten, um künftig darauf aufbauen zu können.

Deutschland unterstützt deshalb nachdrücklich die weiteren Bemühungen des polnischen Vorsitzes und die angekündigten Maßnahmen der Generalsekretärin und ist bereit, weiterhin politisch, finanziell und personell seinen Beitrag zu dieser Mission zu leisten.

Vielen Dank.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Vertreter der russischen Delegation hat Bezug genommen auf die Äußerungen einer Reihe von Kollegen, die auf die einzigartigen Fähigkeiten der SMM eingegangen sind, und er ist auf die Mandatserfüllung der SMM in den vergangenen Jahren eingegangen. Ich möchte daher von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Ich habe den Ausführungen des Vertreters der Russischen Föderation sorgfältig zugehört, und ich möchte auf drei Punkte eingehen.

1. Er hat sich zur Mandatserfüllung der SMM in den vergangenen Jahren geäußert.

Hierzu verweise ich auf meine Ausführungen in meiner heutigen Erklärung unter diesem Tagesordnungspunkt sowie auf die Tatsache, dass es die von Russland unterstützten Vertreter der sogenannten Volksrepubliken waren, die die Arbeit und Bewegungsfreiheit der SMM fortgesetzt behindert haben.

2. Die SMM ist temporär evakuiert aufgrund der prekären Sicherheitssituation.

Darf ich den Vertreter der Russischen Föderation daran erinnern, dass es allein in der Hand der Russischen Föderation liegt, die von ihm zitierte „emergency situation“, die zur zeitweiligen Evakuierung der SMM geführt hat, zu ändern. Es ist einfach: Beenden Sie Ihren Angriff auf die Ukraine und ziehen Sie umgehend Ihre Streitkräfte vom gesamten Territorium der Ukraine zurück.

3. Ich stimme dem Vertreter der Russischen Föderation zu: „Frieden und Stabilität“ sind gefährdet.

Frieden und Stabilität in Europa sind gefährdet.

Frieden und Stabilität sind gefährdet durch den ungerechtfertigten Angriffskrieg der Russischen Föderation, durch den Angriffskrieg, den die russischen Streitkräfte seit dem



24. Februar mit der Unterstützung von Belarus gegen einen souveränen und demokratischen Staat führen, gegen einen Teilnehmerstaat der OSZE, gegen die Ukraine.

Ich fordere daher die Russische Föderation auf: Beenden Sie diesen Krieg.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit und bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Ich würde mir wirklich sehr wünschen, dass Vertreterinnen und Vertreter der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen und des Büros des Sekretariats für Rechtsangelegenheiten in diesem Saal anwesend wären. Sie sollten sich unsere Argumente anhören.

Wie es scheint, wurde der russische Standpunkt, der Ihnen gestern im Vorbereitungsausschuss auf Englisch, eine Sprache, die Sie ja alle verstehen, dargelegt wurde, immer noch nicht vollständig gehört oder wirklich verstanden. Lassen Sie mich daher heute die Elemente der russischen Herangehensweise, die zu dieser Schlussfolgerung geführt haben, näher erläutern.

Hier einige geschichtliche Hintergründe. Es war die Ukraine, die Ende 2013 und Anfang 2014 jegliche Beteiligung der OSZE an der Normalisierung der Lage im Land strikt ablehnte. Der damalige Außenminister Leonid Koschara, an den sowohl der Amtierende Vorsitzende der OSZE Didier Burkhalter als auch Generalsekretär Lamberto Zannier mit der dringenden Bitte herantraten, sich mit der Frage einer ständigen OSZE-Präsenz zur Deeskalation der Lage zu befassen (wobei auch schriftliche Ersuchen an die Ukraine gesandt wurden), wick die Frage aus. Der Grund: Es wurde gerade die Frage einer ganz anderen Präsenz in der Ukraine geprüft. Auch dies ist in die Annalen der Geschichte eingegangen. Falls jemand Interesse hat, kann ich gerne empfehlen, wo man darüber nachlesen kann. Seltsamerweise sah sich sogar nach der Einrichtung der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) und deren Entsendung in das Hoheitsgebiet der Ukraine die Werchowna Rada noch zwei Monate lang nicht in der Lage oder, besser gesagt, war sie nicht gewillt, ein Memorandum of Understanding mit der OSZE zu vereinbaren und zu ratifizieren. Zwei Monate lang! So viel dazu, wie sehr sich die Ukraine eine OSZE-Präsenz vor Ort wünschte.

Ich möchte des Weiteren auf die Ausführungen der geschätzten Direktorin des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) des Sekretariats Tuula Yrjölä im Ständigen Rat am 25. März eingehen, insbesondere auf ihre weit gefasste Auslegung der Finanzvorschrift 3.04. Wir vertreten den Standpunkt, dass die vorgenannte Vorschrift nicht auf OSZE-Durchführungsorgane anwendbar ist, deren Mandat abgelaufen ist. Eine davon abweichende Auslegung wäre ein grober Verstoß gegen die Grundsätze der Haushaltsdisziplin und die Praxis anderer zwischenstaatlicher Einrichtungen einschließlich der Vereinten Nationen.

Haushaltszuweisungen sind immer mit einem Mandat verknüpft, und ihr Umfang richtet sich nach den Programmanforderungen, die sich aus dem Inhalt des Mandats ergeben.

Die SMM hat keine Programmanforderungen, da es nun einmal im Lichte der Beendigung ihres Mandats ab 31. März auch keinerlei Programmaktivitäten geben wird. Ab diesem Zeitpunkt wirft die hypothetische Fortführung ihrer Finanzierung in gleicher Höhe wie im vorangegangenen Haushaltsjahr schwerwiegende Fragen zur Kosteneffizienz auf. Warum sollten die Teilnehmerstaaten beispielsweise für die Existenz der Mission im Zustand der Untätigkeit in gleicher Höhe bezahlen müssen wie während ihres Einsatzes in vollem Umfang? Da es keine Aussicht auf eine Verlängerung oder Änderung des Mandats gibt, führen solche Maßnahmen nur zu einer ungerechtfertigten und sinnlosen Verschwendung von Ressourcen. Dies betrifft vor allem das Personal der Mission, das größtenteils keine Aufgaben wahrnehmen wird, aber von unserer Organisation weiterhin normal bezahlt wird, auch in Form von sogenanntem bezahlten Sonderurlaub, und das auf unbestimmte Zeit. Wir halten dieses Vorgehen für unverantwortlich und inakzeptabel.

Lassen Sie mich nun auf die Verlängerung der Dienstverhältnisse der angestellten und zugeteilten Missionsmitglieder bis 31. März 2023 eingehen. Was wir hier sehen, ist die Weigerung, Bestimmung 4.02 des Personalstatus einzuhalten, die als einen der Gründe für die Beendigung von Dienstverhältnissen den Eintritt einer Notlage anführt, aufgrund derer die Mission ihren Standort verlassen und ihre Tätigkeit für mindestens einen Monat unterbrechen muss. Dieser Fall ist eingetreten. Warum werden die Dienstverhältnisse nicht nur nicht beendet, sondern sogar um ein ganzes Kalenderjahr verlängert? Wo im OSZE-Personalstatut und den Dienstvorschriften sowie Dienstanweisungen der Organisation soll denn überhaupt geschrieben stehen, dass eine Belastungssituation aufgrund von „Zweifeln betreffend ... die Weiterbeschäftigung“, wie es die geschätzte Direktorin des KVZ formulierte, ein Kriterium für die Verlängerung von Dienstverhältnissen sei? Liefern Sie uns bitte ein direktes Zitat aus den normativen Dokumenten, das ein solches Kriterium erwähnt.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie daran erinnern, dass nach Finanzvorschrift 1.05 die Generalsekretärin dem Ständigen Rat gegenüber dafür rechenschaftspflichtig ist, dass die Finanzmittel ordnungsgemäß verwaltet werden. Finanzvorschrift 6.02 verweist auf die Notwendigkeit, dass „beim Einsatz der Mittel äußerste Sparsamkeit geübt wird“, wofür ebenfalls die Generalsekretärin die Verantwortung trägt.

Wir fordern sowohl den polnischen Vorsitz als auch die Generalsekretärin nachdrücklich auf, den Teilnehmerstaaten unverzüglich einen Entwurf für einen technischen Beschluss des Ständigen Rates über die Zuteilung der für die Schließung der SMM und die vollständige Beendigung ihrer administrativen Tätigkeit erforderlichen Mittel innerhalb angemessener Frist vorzulegen. Wir sind der Ansicht, dass dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt die einzige Priorität für die Arbeit des Beratenden Ausschusses für Verwaltung und Finanzen darstellt. Bis dieses Problem gelöst ist, ist die Arbeit an Beschlüssen zu anderen Tagesordnungspunkten dieses Gremiums, einschließlich des Entwurfs des Gesamthaushaltsplans der OSZE für 2022, zu vertagen.

Wir warnen davor, dass die Weigerung des Sekretariats, sich an die international anerkannten Grundsätze der Haushaltsdisziplin zu halten, zusammen mit der ungerechtfertigten, weit gefassten und nicht konsensfähigen Auslegung der Finanzvorschriften der OSZE im Sinne der politischen Präferenzen einer ganzen Gruppe von Teilnehmerstaaten

negative Folgen für die Tätigkeit der gesamten Organisation auf Programm- und finanzieller Ebene nach sich ziehen wird.

Was die Kommentare der Vertreterinnen und Vertreter einiger Teilnehmerstaaten zu den „einzigartigen Fähigkeiten der SMM“ in Bezug auf die Geschehnisse in der Ukraine betrifft, wobei diese Fähigkeiten angeblich durch die Nichtverlängerung des Mandats der Mission untergraben werden, sehen wir uns gezwungen, anzumerken, dass es nie eine „Aufarbeitung von Fehlern“ oder „Nachbesprechung“ darüber gegeben hat, wie die SMM denn überhaupt in ihren derzeitigen Zustand geraten ist. Gemäß ihrem Mandat war die Mission aufgerufen, eine baldige Einstellung der Kampfhandlungen und die Entwicklung eines Dialogs vor Ort im Interesse einer politischen Lösung zu erleichtern sowie zu verhindern, dass eine Situation entsteht, in der es zu einer Wiederaufnahme der bewaffneten Konfrontation kommen könnte. All dies hätte mit Hilfe der OSZE im Einklang mit dem Minsker Maßnahmenpaket, das durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebilligt wurde, bis Ende 2015 erledigt werden müssen.

Alle genannten Aufgaben wurden auch im Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, in zahlreichen Beschlüssen der bis vor kurzem tätigen Trilateralen Kontaktgruppe und in den von der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk vereinbarten zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe vom 22. Juli 2020 präzisiert. Die Antworten sind doch für alle offenkundig: In den letzten Jahren ihres Bestehens ist die Mission zunehmend einem stark politisch befrachteten Ansatz verfallen, der überwiegend der Verbreitung westlicher Narrative über die Krise in der Ukraine diene.

In den letzten drei Jahren hat die SMM ihre Kontakte vor Ort mit der Führung und den meisten Amtsträgerinnen und -trägern der Volksrepubliken Donezk und Luhansk reduziert, deren Vertreterinnen und Vertreter acht Jahre lang durch ihre Teilnahme an der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk ihre Bereitschaft demonstriert hatten, mit der ukrainischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsame friedliche Zukunft in einem geeinten Land aufzubauen. Doch sie wurden ignoriert. Die Mission ignorierte sie und sprach stattdessen lieber mit den Vertreterinnen und Vertretern Russlands, die zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der OSZE in der Trilateralen Kontaktgruppe den Dialog zwischen den Konfliktparteien ermöglichten.

Der Dialog der SMM mit den Behörden der Volksrepubliken Donezk und Luhansk und den dortigen Gemeindevorsteherinnen und -vorstehern war an politische Vorbedingungen geknüpft – erst am 10. Dezember 2021 sagte der Leitende Beobachter der SMM, Yaşar Halit Çevik, bei einer Unterrichtung der OSZE, er werde nur dann mit der Führung im Donbass kommunizieren, wenn die Behörden in Donezk und Luhansk öffentlich ihre politische Loyalität gegenüber den Kyjiwer Behörden bestätigten (konkretes Zitat: „Wenn sie sich als lokale Behörden der Ukraine verstehen, dann können wir natürlich Kontakt pflegen ... Wenn sie sich als lokale Behörden der Ukraine präsentieren, bin ich nur zu gerne bereit, sie in offizieller Funktion zu treffen ... Wenn sie sich zu lokalen Behörden der Ukraine erklären, besuche ich sie gerne auch schon morgen“). All dies steht weder im Einklang mit der Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen noch mit dem Maßnahmenpaket noch mit dem Mandat der Mission selbst, das wortwörtlich die Aufgabe umfasste, „mit den lokalen, regionalen und nationalen Behörden, der Zivilgesellschaft, ethnischen und religiösen Gruppen und der örtlichen Bevölkerung Kontakt aufzunehmen“ – mit anderen Worten: den

Dialog im Interesse von Frieden und Stabilität zu erleichtern, was aber nicht geschehen ist. Nebenbei bemerkt, noch einmal zur Vorgeschichte: Während der Verhandlungen über das Mandat im Jahr 2014 war es die Ukraine, die sich kategorisch weigerte, genau diese Formulierung in das Mandat der SMM aufzunehmen, nämlich, dass die SMM an der Herbeiführung eines Dialogs mitwirken würde. Über welche Art von Frieden konnten wir dann da überhaupt noch reden?

Die Mission hat die zunehmende Russophobie in der Ukraine und das aggressive ukrainisch-nationalistische Gedankengut völlig ausgeblendet. Man hat die Dinge nicht beim Namen genannt. Neonazi-Aufmärsche mit Fackeln und fremdenfeindlichen Parolen wurden als „patriotische Versammlungen“ oder Veranstaltungen „unter dem Banner des Patriotismus“ eingestuft. Für die ukrainische Regierung und die ukrainischen Streitkräfte unbequeme Tatsachen wurden oftmals beschönigt oder in nicht allgemein zugänglichen Berichten der Öffentlichkeit vorenthalten, während alle vermeintlichen „Fehler“ der Vertreterinnen und Vertreter des Donbass, die Beachtung verdienten, haargenau unter die Lupe genommen wurden. Eine ausführliche Zusammenfassung der russischen Anmerkungen zu den Aktivitäten der SMM wurde von uns am 14. Januar dieses Jahres in Form eines Arbeitspapiers (PC.DEL/15/22) verteilt. Wir empfehlen allen, die Zweifel haben, einen Blick auf die von uns dargelegten Fakten zu werfen.

Noch viel mehr hat uns die SMM am Ende ihres Aufenthalts in der Ukraine erstaunt. Noch immer steht zum Beispiel die Antwort auf die Frage aus, warum die Mission nicht gemeldet hat, dass Ende Februar gepanzerte Fahrzeuge mit SMM-Kennzeichnung an die bewaffnete Neonazi-Formation Asow in Mariupol übergeben worden sind. Die Mission schweigt sich hartnäckig über die Umstände aus, obwohl diese ohnehin wohlbekannt sind. Obwohl wir sowohl den Amtierenden Vorsitzenden als auch die Generalsekretärin direkt danach gefragt haben, haben wir keine Antworten erhalten. Das Einzige, was dabei nicht überrascht, ist, dass der Ständige Vertreter der Ukraine, der das Problem genauestens kennt, kein Wort dazu verliert.

Übrigens wurde am 20. März, also bereits nach der vollständigen Evakuierung der SMM aus Mariupol, eines der Fahrzeuge mit OSZE-Kennzeichnung nicht auf dem Parkplatz vor dem Büro der Mission, sondern fünf Kilometer entfernt, in der Nähe des Kirowski-Marktes, gefunden. Es war in Kampfhandlungen verwickelt gewesen, wie man an den charakteristischen Schäden an seinem Äußeren erkennen konnte. Warum schweigen Sie sich zu diesem Thema aus? Werden Sie uns endlich sagen, wer dieses Fahrzeug entwendet, wer es gefahren und wer aus ihm heraus geschossen hat?

All dies deutet auf die Voreingenommenheit der Mission hin, die in den letzten Jahren zunehmend als Instrument zur Deckung des Kyjiwer Regimes und zur Druckausübung gegenüber den Behörden in Donezk und Luhansk statt zur Pflege eines Dialogs eingesetzt wurde. Wir können nicht zustimmen, dass dies eine objektive und unparteiische Beobachtung der Lage in der Ukraine erleichtert habe. Diese Herangehensweise hat vielmehr die Bemühungen der gesamten OSZE um eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ostukraine torpediert.

Darüber hinaus möchten wir Ihnen mitteilen, dass die Russische Föderation den Personaldienst des OSZE-Sekretariats über die Beendigung der Entsendung ihres gesamten Personals an die SMM im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Mandats der Mission und

der Beendigung der ihr durch ihr Mandat übertragenen Aufgaben in Kenntnis setzen wird. Wir sehen keine Notwendigkeit für weitere Konsultationen über eine Änderung des Mandats oder die Versetzung der Mission in einen „administrativen Modus“.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch noch einige Bemerkungen als Vertreterin meines Landes hinzufügen.

Frankreich möchte der Mission und ihrem gesamten internationalen und nationalen Personal für die herausragende und völlig unparteiische, unter beispiellos schwierigen Umständen geleistete Arbeit seine Bewunderung und seinen Respekt aussprechen. Wir schließen uns dem Dank an die Generalsekretärin und ihr Team für ihren Einsatz, insbesondere bei der Evakuierung und Verlegung des Personals der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), an. Wir unterstützen auch die Vorschläge des Vorsitzes und der Generalsekretärin zu den nächsten Schritten vorbehaltlos.

Herr Vorsitzender,

Frankreich ist von der einseitigen Entscheidung der Russischen Föderation, sich der Verlängerung des Mandats über den 31. März hinaus zu widersetzen, zutiefst enttäuscht.

Diese Entscheidung überrascht uns, wie schon von der Europäischen Union angemerkt, kaum, ebenso wenig, wie uns die irreführenden Vorwände überraschen, die Russland zu ihrer Rechtfertigung anführt. Wir haben gerade eine Reihe dieser falschen Rechtfertigungen vernommen. Die Realität ist wesentlich einfacher. Machen wir uns nichts vor: Russland hat keinerlei Interesse an, die SMM aufrechtzuerhalten, so dass diese weiterhin die Aggression Russlands gegen die Ukraine, ein souveränes Land, beobachten kann.

In diesem Zusammenhang sei an einige Tatsachen erinnert:

- Der Konflikt in der Ostukraine wurde von Russland künstlich herbeigeführt und wird von Russland seit 2014 unaufhörlich weiter geschürt. Zuvor hatten die Bewohnerinnen und Bewohner des Donbass konfliktfrei in Frieden gelebt.
- Es ist Russland, das für die überwältigende Mehrheit der massiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM in all den Jahren seit 2014 verantwortlich ist. Unter

dem Vorwand der Pandemie hat Russland diese Einschränkungen im Donbass nur noch verschärft, um die SMM daran zu hindern, die seit 2014 anhaltende kontinuierliche Versorgung mit Personal, Waffen und Munition durch Russland zu beobachten.

- Russland ist heute, gemeinsam mit Belarus als Mittäter, für einen offenen Krieg verantwortlich, der zur erzwungenen Evakuierung des Personals der SMM geführt hat.
- Russland, mit Belarus als Mittäter, bombardiert ukrainische Städte wie Mariupol und versucht sie auszulöschen – und erdreistet sich dann in diesem Gremium auch noch, Dank zu heischen, wenn es sich dazu herablässt, sich seiner humanitären Verpflichtungen zu entsinnen.
- Russland ist, mit Belarus als Mittäter, für den Tod von Maryna Fenina und unzähligen ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich.
- Russland ist, gemeinsam mit Belarus als Mittäter, für die gegenwärtige Traumatisierung des gesamten ukrainischen Volkes und des gesamten Personals der SMM verantwortlich. Ebenso ist es Russland, mit Belarus als Mittäter, das die Verantwortung für die tragische Lage trägt, in die die Zivilbevölkerung der Ukraine und insbesondere die nationalen Mitglieder der SMM gebracht wurden.
- Zu guter Letzt ist es ebenfalls Russland, das seit Jahren versucht, die Grundlagen dieser Organisation zu untergraben, und sich heute der Verlängerung einer Mission widersetzt, die ihren Nutzen wiederholt unter Beweis gestellt hat und von der Ukraine heute mehr denn je gebraucht wird.

Wenn Russland noch gewillt ist, den unentbehrlichen Dialog über die Sicherheit in Europa aufrechtzuerhalten und das Vertrauen wiederherzustellen, das es schon allzu oft gebrochen hat, bleibt ihm noch eine Chance, dies durch seine Taten zu beweisen, und zwar indem es der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine die Fortsetzung ihrer Arbeit ermöglicht und seine ungerechtfertigte Aggression gegen die Ukraine einstellt. Mehr noch als vor dem 24. Februar gilt, dass die Bedingungen für einen echten Dialog in dieser Organisation nicht gegeben sein können, solange die russische Aggression in der Ukraine andauert.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Danke.



---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Der russische Botschafter erwartet offenbar für die Verbreitung von Desinformationen auch noch Dank. Diesen Dank entbiete ich ihm nicht, ich möchte ihm aber sagen, dass er sich mit jedem seiner Worte weiter von diesem Rat entfremdet.

Es ist höchst bedauerlich, dass die Russische Föderation den Konsens über die Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) blockiert hat. Das ist verantwortungslos und durch nichts zu rechtfertigen, zugleich aber, wie mir scheint, kaum überraschend. Niemand wird je vergessen, welche Handlungen der Russischen Föderation uns nunmehr an diesen Punkt gebracht haben: ihr unprovoked und barbarischer Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die vom geschätzten ukrainischen Botschafter und dem Gastland geäußerten Einwände gegen die Schließung der Mission genießen unser vollstes Verständnis und unsere uneingeschränkte Zustimmung. Unsere volle Unterstützung gilt auch den Bemühungen des Vorsitzes um die Fortsetzung von Verhandlungen zur Erarbeitung eines Konsenses.

Herr Vorsitzender,

in den Jahren seit der Besetzung der Krim und der Anzettelung des Konflikts in der Ostukraine durch Russland hat die SMM zum Abbau der Spannungen beigetragen, indem sie die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen beobachtet und unterstützt hat. Mit Mut, Einfallsreichtum und Ausdauer haben die Beobachterinnen und Beobachter der SMM und das zugehörige Personal eine unparteiische, faktenbasierte Berichterstattung geliefert, die für dringend benötigte Transparenz hinsichtlich der Lage vor Ort gesorgt hat. Letzten Endes haben wir alle das erbärmliche Hütchenspiel Russlands durchschaut, das sich mit Lug und Trug hinter seinen eigenen Handlangern versteckte und so tat, als habe es keine eigenen Kräfte vor Ort, wo wir doch alle haargenau wussten, dass es selbst die wesentliche Konfliktpartei war.

Ich möchte dem SMM-Personal bei dieser Gelegenheit für seinen selbstlosen Einsatz in den vergangenen acht Jahren danken.

Ich möchte auch dem Leitenden Beobachter, seinem Führungsteam und den tapferen und unbeugsamen Bediensteten der SMM für ihr Engagement im Dienste der Mission meinen Dank aussprechen. Sie verdienen unseren allerhöchsten Respekt für das, was sie tagtäglich für die Förderung der Stabilität und Sicherheit in der Region geleistet haben, und angesichts der Traumatisierung, die sie infolge des Einmarsches der Russischen Föderation in der Ukraine erlitten haben.

Ich möchte auch Joseph Stones und Maryna Feninas gedenken, die ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt haben. Am 24. April werden wir den fünften Todestag von Joseph Stone begehen, dessen gepanzertes Fahrzeug von einer Explosion, wahrscheinlich einer Panzerabwehrmine, getroffen wurde. Maryna wurde am 1. März durch den russischen Beschuss auf Charkiw getötet. Wir sprechen ihrer beider Angehörigen und Lieben unser Mitgefühl aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn das Gemetzel erst einmal vorbei ist, werden wir der Ukraine helfen müssen, die Scherben aufzusammeln und das Land wieder aufzubauen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern für eine freie Welt für uns alle. Es bedarf des uneingeschränkten und unverminderten Engagements aller friedliebenden Staaten, damit ihnen beim Wiederaufbau einer souveränen, demokratischen und prosperierenden Ukraine geholfen werden kann.

Danke, Herr Vorsitzender. Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Schweden schließt sich der Erklärung der Europäischen Union voll und ganz an, doch möchte ich dem im Namen meines eigenen Landes noch ein paar Anmerkungen hinzufügen.

Wir bedauern zutiefst, dass die Russische Föderation nicht bereit ist, sich dem Konsens über den Beschlussentwurf zur Verlängerung des Mandats der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) anzuschließen.

Die SMM konnte ihr Mandat nur deshalb nicht in vollem Umfang erfüllen, weil die Russische Föderation und die von ihr unterstützten bewaffneten Formationen die Bewegungsfreiheit der Mission in der Ukraine einschränkten und sie zuletzt der anhaltende russische Angriffskrieg in der Ukraine zu einer vorübergehenden Evakuierung zwang.

Die SMM ist eines der wichtigsten Instrumente der OSZE in der Ukraine, und es ist unsere Pflicht als Teilnehmerstaaten, alle zu Gebote stehenden Mittel einzusetzen, um den Frieden zu fördern und das Leid der Zivilbevölkerung der Ukraine zu lindern.

Es ist auch unsere Pflicht als Teilnehmerstaaten, das Wissen, den Sachverstand und die Erfahrung der Mission und ihrer Mitglieder zu bewahren, die in der Ukraine jetzt und auch in Zukunft mehr denn je gebraucht werden. Die SMM hat ein gemeinsam vereinbartes Mandat, das ihr die Möglichkeit gäbe, auch in der aktuellen Lage in der Ukraine tatsächlich etwas zu bewirken.

Wie auch der Vorsitz sind wir nach wie vor davon überzeugt, dass die SMM eine wichtige Rolle spielt, indem sie durch ihre unparteiische Beobachtung und Berichterstattung zu mehr Transparenz und zur Schaffung von Vertrauen und Sicherheit in der Ukraine beiträgt.

Gestatten Sie mir auch, den Beobachterinnen und Beobachtern der SMM für ihre überaus wertvolle Arbeit zu danken, mit der sie den Dialog erleichtern, lokale Waffenruhen aushandeln und damit das Leben der einfachen Menschen in der Ukraine erleichtern.

Doch nun wurde die Zukunft der Menschen in der Ukraine durch die Aggression der Russischen Föderation gegen ihr Land zerstört. Die Verantwortung dafür liegt allein bei der Russischen Föderation.

Aus allen diesen Gründen unterstützen wir den Vorsitz und das Sekretariat uneingeschränkt in ihren Bemühungen, die Fortsetzung der Arbeit der SMM sicherzustellen.

Wir sind dankbar für die Unterrichtung über die nächsten Schritte. In Anbetracht des von den meisten Teilnehmerstaaten, auch dem Gastland, geäußerten Wunsches halten wir das für den vernünftigsten Weg, den wir in Ermangelung eines Beschlusses einschlagen sollten.

Wir begrüßen und unterstützen voll und ganz die Absicht des Vorsitzes, die Konsultationen fortzusetzen und aktiv alle Optionen zu prüfen, die es der OSZE ermöglichen würden, ihre wichtige Rolle in der Ukraine zu erfüllen. Wir sind entschlossen, uns aktiv und konstruktiv an allen Konsultationen zu beteiligen, und wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, dies ebenfalls zu tun.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte erneut unterstreichen, dass wir uns alle den Wert der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) vor Augen halten müssen – als einzigartige, wertvolle und mit ihrer hochkompetenten, professionellen und unparteiischen Führungsmannschaft und ihrem ebensolchen Personal eine eindrucksvolle Errungenschaft der OSZE.

Die gesammelten Erfahrungen der SMM werden heute mehr denn je und sicherlich auch morgen gebraucht.

Wir bedauern die Entscheidung der Russischen Föderation, sich dem Konsens zum Beschlussentwurf über die Verlängerung des Mandats der SMM (PC.DD/6/22 vom 18. März 2022) nicht anzuschließen.

Im März 2014, als das Mandat der SMM vom Ständigen Rat verabschiedet wurde, erklärte die damalige russische Delegation, dass „russische Experten bereit seien, im Interesse der nationalen Aussöhnung und der Gewährleistung von Frieden, Stabilität und Sicherheit für alle Bewohner des Landes sich auch weiterhin an der Arbeit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine zu beteiligen“.

Wir hätten uns diese Art von konstruktivem Engagement auch jetzt gewünscht.

Wir hätten uns gewünscht, dass die Ukraine – ein souveränes Land – und ihr stolzes Volk nicht so wie heute von Russland angegriffen worden wären.

Wir möchten die russische Delegation eindringlich ersuchen, ihren Standpunkt zu überdenken.

Wir sind bereit, uns konstruktiv an den anstehenden Konsultationen zu beteiligen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 2 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen für Ihre Informationen zum aktuellen Stand der Dinge betreffend die Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Wir sind Ihnen und der Generalsekretärin dankbar für die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Mission. Wir danken auch dem Leitenden Beobachter und allen Mitgliedern der Mission für ihr Engagement, das sie in den letzten acht Jahren gezeigt haben, auch in den Tagen und Wochen nach dem von Russland vorsätzlich begonnenen, durch nichts provozierten und ungerechtfertigten Einmarsch in die Ukraine. Wie gesagt, fungiert die SMM als Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft in der Ukraine. Unsere zuverlässigen Beobachterinnen und Beobachter sind konkreter Ausdruck der entscheidenden Rolle, die die OSZE für unser aller Sicherheit spielen kann, und wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet. Wir trauern um Joseph Stone (2017) und Marina Fenina (2022) und sprechen ihren Freundinnen und Freunden und ihren Angehörigen unser Beileid aus.

Leider sind wir über das Verhalten unserer russischen Kolleginnen und Kollegen nicht überrascht. Wir sind enttäuscht, aber nicht überrascht.

Die russische Kampagne zur Schmälerung der Rolle der OSZE in der Ukraine ist schon lange im Gange und hat an Intensität noch zugelegt. In den letzten Jahren hat Russland die Handlungsfähigkeit der SMM immer weiter beschnitten, die Bewegungsfreiheit der Mission empfindlich eingeschränkt, ungerechtfertigte Kritik an der Mission geübt und Forderungen an die Mission gestellt, die nicht zu erfüllen waren. Im vergangenen Jahr hat Russland die OSZE-Grenzbeobachtermission einseitig beendet.

Die russische Regierung fürchtet offensichtlich eine unparteiische, faktengestützte Berichterstattung. Wir haben heute hier einen ziemlich unverhohlenen Versuch erlebt, die Schuld für das Scheitern der Verlängerung des Mandats der Mission anderen in die Schuhe zu schieben.

Falsche Vorwürfe der Parteilichkeit und der Verweis auf die veränderte Sicherheitslage in der Ukraine, die allein Russland zu verantworten hat, entheben Russland nicht der vollen Verantwortung für die Nichtverlängerung des Mandats der Mission.

Herr Vorsitzender, wir werden Sie auch weiterhin voll und ganz unterstützen, wenn es darum geht, einen Weg zu finden, der sicherstellt, dass die Mission ihre Arbeit in geordneter Weise zu Ende bringen kann.

Ich möchte an den Standpunkt des Vereinigten Königreichs erinnern, der in diesem Saal mehrfach zum Ausdruck gebracht wurde, nämlich, dass wir den vorsätzlichen und ungerechtfertigten Einmarsch Russlands in die Ukraine auf das Schärfste verurteilen und das Volk und die Regierung der Ukraine unserer Solidarität und Unterstützung versichern.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KROATIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Kroatien schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an. Erlauben Sie mir darüber hinaus einige zusätzliche Worte in nationaler Eigenschaft.

Wir begrüßen Botschafterin Kavalec in dieser Sitzung des Ständigen Rates und danken ihr und der OSZE-Mission herzlich für die verdienstvolle Rolle, die sie bei der Demokratisierung von Bosnien und Herzegowina und den notwendigen politischen und rechtlichen Reformen auf dem Weg des Landes nach Europa spielen.

In diesem Zusammenhang möchten wir insbesondere die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen aller nationalen und internationalen politischen Akteure um einen inklusiven Prozess begrenzter Verfassungs- und Wahlreformen auf der Grundlage eines echten Dialogs und im Einklang mit europäischen Standards betonen, der darauf abzielen sollte, alle Formen von Ungleichheit und Diskriminierung im Wahlprozess zu beseitigen. Diese Reformen sind die wesentliche Voraussetzung für freie, faire und alle Seiten berücksichtigende Wahlen im Einklang mit dem Buchstaben und dem Geist der Friedensverträge von Dayton/Paris und der Verfassung von Bosnien und Herzegowina.

Wir bekräftigen ferner das vorbehaltlose Bekenntnis Kroatiens zur Souveränität, Einheit und territorialen Integrität von Bosnien und Herzegowina auf der Grundlage der in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankerten Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung aller Bürger und konstituierenden Völker.

Kroatien begrüßt die Tatsache, dass sowohl der am 21. März angenommene Strategische Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung als auch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24. und 25. März deutlich machen, dass die Europäische Union auf höchster Ebene für Stabilität, Wohlstand und die europäischen Perspektiven von Bosnien und Herzegowina eintritt und uns damit einen wesentlichen strategischen Rahmen für das weitere Engagement bietet.



Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 5 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Ich möchte mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen und Botschafterin Kavalec im Ständigen Rat herzlich willkommen heißen und ihr für ihren sehr informativen Bericht danken.

Zu Beginn möchte ich betonen, dass unsere Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina ausgezeichnet ist und wir in regelmäßigem Austausch stehen. Wir nehmen die Gesamteinschätzung und die Kommentare von Botschafterin Kavalec zum politischen Umfeld in Bosnien und Herzegowina zur Kenntnis, ebenso wie jene der verehrten Delegationen, die Erklärungen zu diesem Thema abgegeben haben.

Herr Vorsitzender,

wie im ausführlichen politischen Abschnitt des Berichts dargelegt wurde, umfasst die aktuelle politische Krise eindeutig mehrere – mindestens aber drei – Ebenen. Auf der ersten Ebene geht es um Fragen im Zusammenhang mit der Wahlreform, insbesondere um die offensichtliche Frustration der kroatischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina, die seit drei Wahlperioden nicht in der Lage ist, ihre/n Vertreter/in in das Staatspräsidium von Bosnien und Herzegowina zu wählen, weil die in der Wahlformel verankerten ethnischen und staatsbürgerlichen Grundsätze nicht kompatibel sind. Einfach ausgedrückt: Das kroatische Mitglied im Staatspräsidium wird aufgrund des großen zahlenmäßigen Ungleichgewichts zwischen Bosniaken und Kroaten in der Entität der Föderation Bosnien und Herzegowina, die einen einzigen Wahlkreis für die Wahl des bosniakischen und kroatischen Vertreters im Staatspräsidium bildet, de facto problemlos mit den Stimmen der nichtkroatischen Wählerinnen und Wähler gewählt. Die zweite Ebene der Krise wird von den Fragen im Zusammenhang mit Gesetzen gebildet, die in der Vergangenheit entweder von den Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft oder sogar vom Verfassungsgerichtshof diktiert wurden, der in den letzten Jahren manchmal als Gesetzgeber fungierte und Schritte setzte, die zu einer stärkeren Zentralisierung des Landes führten. Dieser Trend hat die beiden Entitäten des Staates Bosnien und Herzegowina, die Föderation von Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska, geschwächt. Die Häufung derartiger Maßnahmen hat die gesetzgebenden Institutionen wie die Nationalversammlung der Republika Srpska veranlasst, rechtliche Möglichkeiten zu prüfen, um den Entitäten bestimmte Befugnisse zurückzugeben, die in den vergangenen Jahren den Zentralbehörden übertragen wurden. Die

dritte Ebene der Krise bilden die Befürchtungen hinsichtlich der Auflösung, die nicht erst in der jüngsten Kriegszeit entstanden sind. Diese Befürchtungen hängen mit dem spezifischen Konflikt- und Angst-Narrativ zusammen, das von einer probosniakischen Elite und einigen Medien verbreitet wird, die alles, was von den anderen beiden Volksgruppen kommt, als staatszerstörerisch und letztlich auf eine Abspaltung ausgerichtet ansehen. Es liegt auf der Hand, dass in einem solchen Umfeld Vertrauen und Kompromissbereitschaft fast zu einer *mission impossible* werden, insbesondere bei Wahl- und Verfassungsfragen.

Die Tatsache, dass das 26 Jahre nach dem Konflikt die „Lage der Nation“ ist, bestätigt, dass die Formel des Friedensvertrags von Dayton für eine dezentralisierte Machtverteilung die einzige legitime und tragfähige Grundlage für den Aufbau eines erfolgreichen Landes ist. Jedes Abgehen vom Abkommen, auch im Sinne einer Zentralisierung oder spaltender Narrative, ist gleichermaßen gefährlich und schädlich für die langfristige Stabilität. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den soeben verabschiedeten Strategischen Kompass der Europäischen Union, in dem die Unterstützung für Bosnien und Herzegowina auf der Grundlage der in der Verfassung verankerten Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung aller Bürgerinnen und Bürger und konstituierenden Völker unterstrichen wird. Das Staatspräsidium von Bosnien und Herzegowina hat bei verschiedenen Anlässen sein Bekenntnis zur Durchführung von Reformen im EU-Beitrittsprozess bekräftigt, damit Bosnien und Herzegowina so bald wie möglich der Status eines Bewerberlandes zuerkannt wird. Dies wurde von den beiden Mitgliedern des bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidiums Džaferović und Dodik bei ihren jüngsten Besuchen in Brüssel und auf dem Diplomatischen Forum in Antalya bekräftigt.

Zum Abschluss meiner Ausführungen zum politischen Teil des Berichts möchte ich betonen, dass die derzeitige Pattsituation und Krise rein politischer Natur ist und kein Konfliktpotenzial birgt. Wir begrüßen die Aktivitäten und Bemühungen der internationalen Partner, die Sondergesandte und Vertreter für unsere Region ernannt haben, um die Wahlreform zu unterstützen und die Konsensfindung auf dem weiteren Weg zur Errichtung eines stabilen multinationalen Landes auf der Grundlage der wichtigsten Prinzipien des Friedensvertrags von Dayton zu begleiten, der zwei gleichberechtigte Entitäten und drei konstituierende Völker anerkennt und die Souveränität und territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina als Ganzes wahrt.

Herr Vorsitzender,

ohne zu sehr ins Detail zu gehen, möchte ich kurz auf den programmatischen Teil des Berichts zurückkommen.

Freie und faire Wahlen sind Grundpfeiler einer jeden demokratischen Gesellschaft. Wir begrüßen es sehr, dass die Mission im Jahr 2021 ihren Schwerpunkt verstärkt auf die Wahlreform gelegt hat und sich dabei auf Legitimität, Transparenz und Integrität konzentriert. Wir sind der festen Überzeugung, dass das „Integritätspaket“ der Wahlreform zusammen mit Maßnahmen zu wichtigen Fragen der Wahlgesetzgebung, einschließlich der Umsetzung einiger bereits angekündigter Gerichtsurteile, verabschiedet werden wird. In Anbetracht der Tatsache, dass die Zentrale Wahlkommission in einem Monat zu den Urnen rufen wird, fordern wir die OSZE-Mission und andere internationale Partner auf, die bosniakischen und die kroatischen Akteure auf der Suche nach einem Kompromiss zu unterstützen, der es allen konstituierenden Völkern ermöglicht, ihre eigenen Vertreterinnen oder Vertreter zu

wählen, es gleichzeitig aber keinem Bürger und keiner Bürgerin unmöglich macht, sich zur Wahl zu stellen. Es ist uns klar, dass die Tatsache, dass ein endgültiges Gerichtsurteil über das umstrittene Verfahren zur Ernennung mehrerer Mitglieder der Zentralen Wahlkommission nun schon seit zwei Jahren aussteht, nicht dazu beiträgt, dass die Wahlen als frei und fair wahrgenommen werden, und hoffen aufrichtig, dass die Zentrale Wahlkommission das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherstellt, bevor der neue Urnengang beginnt. Die Mission könnte das als Anstoß nehmen, die Überarbeitung des Verfahrens für die Bestellung der Mitglieder der Zentralen Wahlkommission als Teil der Maßnahmen des Integritätspakets zu unterstützen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Absicht der Mission, ihre Unterstützung für den Bereich Wahlen im Jahr 2022 fortzusetzen. Frau Botschafterin Kavalec, Sie haben erwähnt, dass die Mission zu den jüngsten Verhandlungen über die Wahlreform in Neum mit ihrer Expertise beigetragen hat. Würden Sie bitte näher auf dieses sehr wichtige Ereignis eingehen?

Wir schätzen die Hilfestellung der Mission bei den Themen verantwortungsvolle Staatsführung und Korruptionsbekämpfung sehr, auch die Bereitstellung von fachlicher, rechtlicher und technischer Unterstützung für die partizipative Ausarbeitung maßgeblicher Vorschriften für die Korruptionsbekämpfung. Die Korruptionsbekämpfung ist eine der wichtigsten Prioritäten des Landes und steht auch auf der Liste der 14 wichtigsten Prioritäten der EU-Integrationsagenda. Zwei weitere Voraussetzungen für das Erreichen der nächsten Stufe im EU-Beitrittsprozess sind die Schließung des Amtes des Hohen Repräsentanten und die Lösung des Problems der ausländischen Richter am Verfassungsgerichtshof.

Wir möchten die Mission einladen, sich verstärkt um die wichtigsten Medien zu bemühen, die die öffentliche Wahrnehmung verschiedener gesellschaftlicher Phänomene beeinflussen, wie beispielsweise Volksverhetzung im Gegensatz zu Vertrauensbildung zwischen den Volksgruppen. Die Medien, einschließlich der selbsternannten unabhängigen Medien, verfolgen hier einen Ansatz, der nicht dazu beiträgt, in einer tief gespaltenen Gesellschaft Brücken zu bauen und Vertrauen zu schaffen. Wir hoffen aufrichtig, dass der bevorstehende Besuch der Beauftragten für Medienfreiheit diesbezüglich entsprechende Signale setzen wird.

Wir begrüßen alle Aktivitäten im Rahmen der zweiten Dimension. Wir sind der festen Überzeugung, dass Wirtschafts- und Umweltfragen die Menschen zusammenbringen und Brücken zwischen Gemeinschaften schlagen können. Wir bedauern jedoch, dass die Bandbreite der Aktivitäten noch immer nicht mit den gestiegenen Bedürfnissen des Aufnahmelandes Schritt hält, die über ganz banale Aktivitäten an der Basis hinausgehen. Wir laden die Mission ein, ihre Pläne, einschließlich für 2022, zu überdenken und in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und dem Gastland geeignete Modalitäten für eine stärkere Schwerpunktverlagerung in diese Richtung zu finden, gegebenenfalls zu Lasten anderer Dimensionen. Wir sind der Ansicht, dass der bisherige umfassende institutionelle Aufbau die Institutionen des Gastlandes in die Lage versetzt hat, eine Reihe von Aktivitäten zu übernehmen, die zu den beiden anderen Dimensionen gehören.

Wir wissen das Ausmaß der im Sicherheitssektor geleisteten Unterstützung in Bereichen wie Rüstungskontrolle, Reform des Sicherheitssektors, Katastrophenvorsorge, Grenzmanagement und die grundsätzliche Einhaltung der wichtigsten politisch-militärischen Verpflichtungen der OSZE durch das Land sehr zu schätzen. Ich möchte insbesondere auf das kürzlich abgeschlossene Projekt zur sicherheitstechnischen Aufrüstung von Munitions- und

Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina, das so genannte SAFE-UP-Projekt, hinweisen, bei dem die Mission zur Verbesserung der baulichen Sicherheitsinfrastruktur an Standorten der bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte beitrug. Die feierliche Übergabe und der Abschluss des Projekts fanden Anfang des Monats statt.

Bosnien und Herzegowina kommt seinen Verpflichtungen im Bereich der Cybersicherheit mit großem Engagement nach. Wir möchten die Mission zu weiteren Aktivitäten zur Cybersicherheit und zur praktischen Nutzung des Wissens und der Ressourcen der OSZE-Abteilung für grenzüberschreitende Bedrohungen im Gastland ermutigen.

Wir begrüßen die Aktivitäten der Mission zur Unterstützung der Behörden bei der Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen. Die verschiedenen Akteure, die an der Deradikalisierung, Rehabilitation und Wiedereingliederung zurückkehrender ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer und ihrer Familien beteiligt sind, sollten alle ihre Aktivitäten koordinieren, wozu die Mission ihrerseits ihre spezifische Form der Unterstützung beisteuert.

Abschließend möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten der Mission zur Förderung der politischen Teilhabe von Frauen lenken, was im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen von besonderer Bedeutung ist. Zusammen mit dem Aufbau der Kapazitäten der einheimischen Behörden im Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter im ganzen Land.

Frau Botschafterin Kavalec,

lassen Sie mich noch einmal betonen, dass wir die zahlreichen Aktivitäten der Mission unterstützen, die dem Gastland helfen, den Aufbau von Institutionen auf verschiedenen Ebenen fortzusetzen, die innerstaatlich vereinbarten Reformen umzusetzen und generell seine OSZE-Verpflichtungen zu erfüllen. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Team viel Erfolg bei Ihren künftigen Bemühungen und möchte im Namen des Gastlandes betonen, dass wir weiterhin für gemeinsame Aktionen mit der OSZE-Mission aufgeschlossen sind.

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 6 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die russische militärische Spezialoperation zum Schutz des Donbass soll den Langzeitkonflikt in der Ukraine beenden, dessen politische Beilegung der OSZE nicht gelungen ist. Laut dem russischen Verteidigungsministerium werden im Zuge dieser militärischen Spezialoperation Hochpräzisionswaffen gegen militärische Einrichtungen eingesetzt, während Zivilbevölkerung und Infrastruktur nicht angegriffen werden. Die Hauptziele der Spezialoperation – die Entmilitarisierung und die Entnazifizierung der Ukraine – werden erreicht werden.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen und unnötige Verluste zu vermeiden, hat die Russische Föderation in mindestens 26 Fällen humanitäre Korridore für die Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten und ausländischen Staatsangehörigen in den Gebieten Kyjiw, Tschernihiw, Sumy, Charkiw und Mariupol eingerichtet. Darüber hinaus hat Russland allen von der ukrainischen Regierung vorgeschlagenen zusätzlichen Korridoren zugestimmt. Insbesondere wurde heute um 10.00 Uhr eine Waffenruhe für die Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten und ausländischen Staatsangehörigen von Mariupol nach Saporischschja (mit einer Zwischenstation in Berdjansk) ausgerufen. Der Abschnitt der Route von Berdjansk nach Mariupol wird jedoch systematisch von den ukrainischen Streitkräften und nationalistischen Bataillonen mit Mörsern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Gleichzeitig weigert sich die ukrainische Seite kategorisch, der Bevölkerung die sichere Evakuierung auf russisches Hoheitsgebiet zu ermöglichen – die ukrainische Regierung bietet auf keiner der Routen in dieser Richtung explizite Sicherheitsgarantien. Und das trotz der Tatsache, dass bei den russischen Behörden bereits über 2,7 Millionen Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern der Ukraine mit der Bitte um eine solche Evakuierung eingegangen sind. All das lässt nur einen Schluss zu: Trotz der schwierigen militärischen Lage fährt die ukrainische Regierung bewusst fort, humanitäre Fragen zu politisieren, und hat nicht die Absicht, sich wirklich um die Zivilbevölkerung zu kümmern. Darüber hinaus ist die Richtung der Personenkonvois nach Westen, in Richtung der Grenze zu den Ländern der Europäischen Union, ein Beweis für den Versuch des Regimes in Kyjiw, eine humanitäre Krise in Europa herbeizuführen.

Wir stellen fest, dass die Konsultationen mit der ukrainischen Seite, die am 29. März in Istanbul stattfanden, noch nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Zusammenarbeit in humanitären Fragen geführt haben. Die ukrainischen nationalistischen Kräfte halten nach wie vor mehr als 4,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger als menschliche Schutzschilde in Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw, Sumy, Mariupol und mehr als zwei Dutzend anderen großen Ballungszentren sowie mehr als 6 000 Bürgerinnen und Bürger aus etwa 20 ausländischen Staaten als Geiseln fest.

Darüber hinaus behindert die ukrainische Führung aktiv die humanitären Bemühungen internationaler Organisationen, die den Evakuierten helfen wollen. So erklärte die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk neulich, dass die ukrainische Regierung die Eröffnung einer Vertretung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Rostow am Don (Russland) kategorisch ablehnt. Darüber hinaus richtete der Vorsitzende des Ausschusses der Werchowna Rada für Gesundheitswesen, medizinische Versorgung und Krankenversicherung Mychajlo Radutskyj am 26. März ein entsprechendes Schreiben an die Führung des IKRK, in dem er forderte, „keine humanitären Korridore“ in die Russische Föderation „zu genehmigen“. Dies ist nicht verwunderlich, da die ukrainische Regierung die Rolle des Roten Kreuzes etwas anders sieht: Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass vor kurzem in Cherson ein Stützpunkt der ukrainischen Streitkräfte als Büro dieser renommierten internationalen Organisation getarnt war.

Trotz des Widerstands der ukrainischen Seite sind bereits mehr als eine halbe Million Menschen, darunter über 104 000 Kinder, aus den Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie aus gefährlichen Regionen der Ukraine nach Russland evakuiert worden. In den Föderationssubjekten der Russischen Föderation sind weiterhin mehr als 9 500 Notunterkünfte in Betrieb.

Seit Anfang März hat Russland bereits mehr als 6 000 Tonnen an humanitären Gütern in die Volksrepublik Donezk, die Volksrepublik Luhansk und die Ukraine geliefert, und es wurden mindestens 684 humanitäre Aktionen durchgeführt. Obwohl die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, liefern die Vereinigten Staaten von Amerika und andere NATO-Länder zur gleichen Zeit nicht etwa verstärkt „harmlose“ Güter, sondern Waffen aller Art und die dazugehörige Munition in die Ukraine. Die bewaffnete Konfrontation wird vom Ausland aus künstlich angeheizt und führt zu Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Dennoch hat der Rat der Europäischen Union letzte Woche zusätzliche 500 Millionen Euro aus der Europäischen Friedensfazilität für den Bedarf der ukrainischen Regierung an Militärmaterial bewilligt. Um den Frieden in der Ukraine weiter zu „festigen“, werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union außerdem angewiesen, die Durchfuhr von militärischem Gerät und von Personal, das sich um diese Lieferungen kümmert, durch ihr Gebiet nicht zu verhindern. Kurz gesagt, sie investieren weiterhin in die Militarisierung der Ukraine. Auch die Vereinigten Staaten tun das ganz aktiv, wie wir letzte Woche besprochen haben. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass der Westen nicht an einem friedlichen Szenario für die Lösung der Krise in der Ukraine interessiert ist.

Die Nachbarländer der Ukraine beginnen bereits, unter dieser militärischen Aufrüstung zu leiden. So hat etwa die ukrainische Marine Minensperren im Meer an den Zufahrten zu den Häfen von Odessa, Otschakiw, Tschornomorsk und Juschne gelegt. Etwa

420 veraltete Ankertauminen wurden verlegt, auch in Flüssen. Sie waren über 70 Jahre lang eingelagert gewesen. Kein Wunder, dass die Taue infolge von Stürmen rissen und die Minen selbst frei ins Meer trieben. Solche Aktionen des ukrainischen Militärs stellen eine echte Bedrohung für die Schifffahrt im Schwarzen Meer und für alle Anrainerstädte dar. Einige dieser Minen wurden bereits in türkischen und rumänischen Gewässern entdeckt und neutralisiert.

Die ukrainischen Botschaften im Ausland werben weiterhin ausländische Staatsangehörige für die Teilnahme an den Kampfhandlungen an. Die Behörden der Länder, in denen das geschieht, verschließen weitgehend die Augen vor der Verletzung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961, dessen Artikel 41 die Nutzung diplomatischer Vertretungen für Zwecke verbietet, die mit ihren Aufgaben unvereinbar sind.

Bewaffnete Formationen ukrainischer Nationalistinnen und Nationalisten missachten nicht nur weiterhin das Leben von Zivilistinnen und Zivilisten, indem sie sie als menschliche Schutzschilde benutzen, sondern foltern und misshandeln auch diejenigen, die sich in den von ihnen kontrollierten Gebieten aufhalten. Es gab Fälle von äußerst grausamer Behandlung und Repressalien gegen Bürgerrechtler, die sich gegen die von den Nationalisten propagierten Ideen wendeten. Es wurden schockierende Funde von Leichen von Zivilistinnen und Zivilisten gemacht, die in den Folterkammern der nationalistischen Bataillone zu Tode gefoltert wurden, auch in Mariupol. Ihre Körper wiesen Wunden in Form von eingebrannten und eingeritzten Hakenkreuzen auf.

Meinungsführerinnen und Meinungsführer, die einen unvoreingenommenen Standpunkt vertreten und sich nicht an der ukrainischen nationalistischen Propaganda beteiligt haben, werden weiterhin vom ukrainischen Geheimdienst verfolgt. Die Rede ist von Journalisten, Bürgerrechtlern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Politikwissenschaftlern – Männern wie Frauen. Jelena Beresnaja, Mychajlo Pohrebynskyj, Wassyl Wolha, Dmytro Dschanhirow, Jurij Dudkyn, Dmytro Skwortsow, Aleksandr Karewin, Jurji Tkatschew und viele andere waren solchen Angriffen ausgesetzt. Einige von ihnen wurden an einen unbekannt Ort gebracht und befinden sich weiterhin in Haft.

Ein weiteres Beispiel für verschärfte politische Repressalien gegen Dissidentinnen und Dissidenten ist das Verbot der Tätigkeit einer Reihe von politischen Parteien. So hat Präsident Wolodymyr Selenskyj einen Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine gebilligt, wonach die Tätigkeit von elf Parteien der Mitte und der Linken, darunter auch wichtige parlamentarische Kräfte, unter fadenscheinigen Vorwänden ausgesetzt wurden. Offenbar glaubt man in Kyjiw nicht, dass die Legitimität der Beschlüsse der Werchowna Rada durch ein Verbot der parlamentarischen Parteien untergraben wird, was eine seltsame Argumentation ist.

Es ist nicht verwunderlich, dass sie nun versuchen, das ukrainische Parlament als Instrument zur Legalisierung der Ausschaltung unerwünschter Bürgervereinigungen zu benutzen. Rund um die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOC) hat sich eine ungeheuerliche Situation entwickelt. Am 26. März wurde der Werchowna Rada ein Gesetzentwurf zur Änderung des geltenden Gesetzes über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen vorgelegt, mit dem das Verbot der Aktivitäten der UOC unter dem Vorwand ihrer kanonischen Einheit mit der russisch-orthodoxen Kirche legalisiert werden soll. Von der Führung und den zuständigen Institutionen der OSZE ist übrigens wieder einmal kein



Kommentar zu dieser Angelegenheit zu hören. Es wurden nicht einmal die übliche Besorgnis geäußert. Glauben sie, dass die Initiativen und Beschlüsse, die in diesen Tagen in Kyjiw gefasst werden, in vollem Einklang mit den OSZE-Prinzipien stehen?

Ein weiteres Beispiel ist die Lage in Mariupol, wo Kämpferinnen und Kämpfer des nationalistischen Bataillons Asow, nachdem sie die zuvor von ihnen besetzte UOC-Kirche Archistratigus Michael aufgegeben hatten, diese eine Stunde lang beschossen. Oder der Vorfall in der Pokrowski-Kirche in der Stadt Smila in der Region Tscherkassy, wo Kämpfer der „Territorialverteidigung“ den Geistlichen Wassyl Miroschnytschenko während eines Gottesdienstes angriffen und aus der Kirche zerrten (eine Videoaufnahme davon ist öffentlich zugänglich).

Schließlich nutzt das Regime in Kyjiw religiöse Gebäude und öffentliche Gotteshäuser als Sammel- und Umschlagplätze für Waffen und für Neonazis, die an Kampfhandlungen teilnehmen sollen. Gestern veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium Beweise für die Nutzung eines neuen Synagogengebäudes in der Stadt Uman in der Region Tscherkassy für diese Zwecke. Am 21. März, buchstäblich am Tag nach der Rede des ukrainischen Präsidenten vor der israelischen Knesset, wurde auf dem Gelände dieser Synagoge die Aufstellung zweier Kolonnen von Nationalisten gemeldet. Darüber hinaus wurden sie in Bussen mit der Aufschrift „Kinder“ transportiert – all dies ist auf den Fotos und Videos zu sehen.

Ferner nutzen Kämpferinnen und Kämpfer der ukrainischen nationalistischen Bataillone die von ihnen beschlagnahmten Fahrzeuge internationaler Organisationen und multinationaler Unternehmen für militärische Zwecke. Solche Fälle wurden in Charkiw, Mariupol, Kyjiw und anderen Städten bekannt. Es gibt auch Berichte über Vorfälle mit Fahrzeugen der Vereinten Nationen und der OSZE, die als solche gekennzeichnet sind.

Wie bereits erwähnt, haben wir immer noch keine Antwort auf die Frage erhalten, warum die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) nicht rechtzeitig gemeldet hat, dass gepanzerte Fahrzeuge mit SMM-Kennzeichnung Ende Februar an die bewaffnete Neonazi-Formation Asow in Mariupol übergeben worden sind.

In etlichen Regionen und Städten in der Ukraine verweigern die Verantwortlichen den Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes, die gezwungen wurden, in den Westen zu ziehen, weiterhin das Recht, ihre Muttersprache Russisch zu sprechen. Wie in den schlimmsten Zeiten des radikalen Nationalismus werden Anordnungen erlassen, die die Verwendung des Russischen sogar im privaten Bereich verbieten. So erklärte der Bürgermeister von Iwano-Frankiwsk, Ruslan Marzinkiw, am 25. März, dass Vertriebene aus anderen Regionen der Ukraine in Geschäften nicht bedient werden, wenn sie sich auf Russisch verständigen wollen, was Teil der Politik der „sanften Ukrainisierung“ sei. Es ist bemerkenswert, dass die Menschenrechtskommissarin der Werchowna Rada, Ljudmyla Denissowa, die selbst kaum Ukrainisch spricht – wie ihren öffentlichen Äußerungen zu entnehmen ist – sich dazu nicht äußert. Wie wir sehen, wird das Handeln der Behörden wieder einmal von der so genannten politischen Zweckmäßigkeit und nicht von humanitären Erwägungen bestimmt.

Russophobe und neonazistische Äußerungen sind in der Ukraine mittlerweile an der Tagesordnung und allgegenwärtig. Obwohl sie für die in diesem Saal anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Teilnehmerstaaten angeblich nicht sichtbar sind und von der

SMM anscheinend nicht bemerkt werden, scheint sich auch im Westen allmählich die Erkenntnis breit zu machen, welche Rolle die in der Ukraine vorhandenen Neonazi-Gruppen spielen. Einschlägige Informationen dazu sind zum Beispiel CNN und der *Washington Post* zu entnehmen. Beide US-Medien sprechen offen die radikale Ausrichtung des Asow-Bataillons an, das unter Rückbesinnung auf die Nazi-Ideologie die Kampfhandlungen für seine eigenen Zwecke nutzt und insbesondere rechtsradikale Elemente aus verschiedenen Ländern für seine Reihen rekrutiert.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Westen begonnen hat, die so genannte Desinformation aktiv zu bekämpfen, indem er im Wesentlichen eine Medienzensur verhängt und von den Medien verlangt, dass sie politisch einseitige Informationen präsentieren, die die Verhältnisse in der Ukraine falsch darstellen. Es ist westlichen Politikerinnen und Politikern offensichtlich lieber, der Öffentlichkeit genau das Informationsmaterial vorzusetzen, das dem Regime in Kyjiw, das sich seit Jahren auf radikale Nationalistinnen und Nationalisten und Neonazis verlässt, genehm ist. Es ist auch nicht verwunderlich, dass noch nie westliche Journalistinnen und Journalisten in den Gebieten waren, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung stehen, und dass Propaganda und Lügen der Behörden in Kyjiw für das Bild der Lage dort bestimmend sind. Man denke nur an die Lügengeschichten, die die ukrainische Propaganda über die Schlangeninsel oder den angeblichen Beschuss einer Entbindungsklinik und des Theaters in Mariupol oder des „völlig friedlichen“ Einkaufszentrums Retroville in Kyjiw verbreitet, in dem, wie sich später herausstellte, schwere Raketenartillerie untergebracht war.

Dennoch sind wir zuversichtlich, dass die Wahrheit über die Ereignisse in der Ukraine irgendwann ans Licht kommen wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 6 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Armeniens möchte den Ständigen Rat über die nach wie vor angespannte und äußerst instabile Lage informieren, die entlang der Kontaktlinie in Arzach nach dem Eindringen der aserbajdschanischen Streitkräfte am 24. März in das Dorf Paruch und angrenzende Gebiete von Arzach herrscht.

Am Abend des 25. März und in der Nacht versuchten die aserbajdschanischen Streitkräfte, weiter in das Gebiet von Arzach vorzudringen, und griffen die Stellungen der Verteidigungsarmee von Arzach an, wobei sie Schusswaffen verschiedener Kaliber und Kampfdrohnen vom Typ Bayraktar Tb2 einsetzten. Die Verteidigungskräfte von Arzach sahen sich gezwungen, das Gefecht mit dem Angreifer aufzunehmen, um dessen Vormarsch zu stoppen, wobei drei Angehörige der Verteidigungskräfte von Arzach getötet und vierzehn verwundet wurden.

Infolge der jüngsten Aggression Aserbajdschans und der eklatanten Verletzung der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 wurden bis zu zweihundert Frauen, Kinder und ältere Menschen aus ihren Häusern in den Dörfern Paruch und Chramort vertrieben und ihrer Grundrechte auf Leben, Sicherheit und Bildung beraubt.

Wir erwarten, dass die russischen Friedenstruppen weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die sofortige Rückkehr der aserbajdschanischen Truppen an ihre ursprünglichen Positionen und die Einhaltung der Verpflichtungen aus der trilateralen Waffenruhe-Erklärung vom 9. November 2020 zu gewährleisten, damit die friedlichen Bewohnerinnen und Bewohner in ihre Häuser zurückkehren können.

Dem Einmarsch der aserbajdschanischen Streitkräfte in das Dorf Paruch ging ein ständiger und systematischer Beschuss armenischer Siedlungen und ziviler Infrastruktur voraus; darüber hinaus wurden von aserbajdschanischer Seite über Lautsprecher Drohungen gegen die friedliche Bevölkerung in mehreren Dörfern in Arzach ausgesprochen, um sie zum Verlassen ihrer Häuser zu veranlassen.

Angesichts des Klimas völliger Straflosigkeit und Nachgiebigkeit hat Aserbaidshon seine Verstöße gegen die Menschenrechte der Bevölkerung von Arzach verstärkt und setzt dafür verschiedene Methoden des psychologischen und menschenrechtswidrigen Terrors ein. Durch die Übergriffe und Manipulationen der aserbaidshonischen Seite waren fast 20 Tage lang mehr als 120 000 Menschen in ganz Arzach von der Erdgasversorgung abgeschnitten, was die gesamte Bevölkerung angesichts der ungewöhnlich kalten Witterung an den Rand einer humanitären Katastrophe brachte. Alle Schulen und Kindergärten wurden geschlossen, da sie nicht beheizt werden konnten. Nach Angaben der Ombudsperson von Arzach erreichten die Temperaturen in den Krankenhäusern im besten Fall 15 Grad Celsius, mit äußerst negativen Auswirkungen auf die 51 Neugeborenen und deren Mütter, die auf den Entbindungsstationen betreut wurden.

Es handelt sich dabei auch nicht um Einzelfälle. Die aserbaidshonische Seite greift ständig und systematisch auf die Anwendung und Androhung von Gewalt zurück und beraubt die Landbevölkerung ihrer einzigen Lebensgrundlage. Wie wir alle wissen, lautet Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wie folgt: „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Aserbaidshon muss deutlich signalisiert werden, dass der Schutz dieser unveräußerlichen Rechte zu keiner Zeit und unter keinen Umständen angetastet werden darf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

während die Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE und andere Vertreter der internationalen Gemeinschaft, einschließlich des Pressedienstes des russischen Verteidigungsministeriums, die jüngste Eskalation der Lage in Bergkarabach verurteilten und einräumten, dass sie auf die aserbaidshonischen Truppenverschiebungen zurückzuführen sei, behaupteten die aserbaidshonischen Behörden in klarer Missachtung der trilateralen Waffenruheerklärung vom 9. November 2020, dass „die Klärung der Positionen und Standorte in der Region im Gange“ sei.

Um ihr Gedächtnis aufzufrischen, möchte ich die allererste Bestimmung der besagten Waffenruheerklärung zitieren, die lautet: „Wir erklären hiermit, dass ab dem 10. November 2020, 00:00 Uhr Moskauer Zeit, in der Konfliktzone Bergkarabach eine vollständige Waffenruhe herrscht und alle Kampfhandlungen eingestellt werden. Die Republik Aserbaidshon und die Republik Armenien, im Folgenden als die Parteien bezeichnet, halten an den derzeit von ihnen besetzten Positionen an.“

Vor Kurzem ging die aserbaidshonische Delegation in ihrer Missachtung dieser Bestimmung sogar noch einen Schritt weiter und behauptete, sie sei berechtigt, ihre Streitkräfte nach Belieben zu verlegen. Außerdem erklärten sie, dass sie dies so lange tun würden, wie sie es für notwendig befänden. Solche Erklärungen zeigen, dass die aserbaidshonische Seite ihre internationalen Verpflichtungen und Zusagen, einschließlich der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020, völlig ignoriert und sich nicht zur Einhaltung verpflichtet fühlt. Es ist klar, dass dies das Ergebnis der Straflosigkeit und Nachgiebigkeit ist, die Aserbaidshon nach seinen eklatanten Verstößen gegen das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, erfährt.

Darüber hinaus stellen die Erklärungen Aserbaidshons eine indirekte Androhung von Gewalt dar, die die Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere die Grundsätze der

Schlussakte von Helsinki in Bezug auf den Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten unterminiert.

Der Vollständigkeit halber sei daran erinnert, dass dies nicht das erste Mal ist, dass Aserbaidshan gegen diese Bestimmung der trilateralen Waffenruheerklärung vom 9. November 2020 verstößt. Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, dass am 11. Dezember 2020, nur einen Monat nach der Unterzeichnung der Waffenruheerklärung, die aserbaidshanischen Streitkräfte unter eklatanter Verletzung der Verpflichtungen Aserbaidshans aus der trilateralen Erklärung die Stellungen der arzachischen Selbstverteidigungskräfte im Gebiet der Dörfer Hin Tağer und Chtsaberd in der arzachischen Region Hadrut angriffen und die beiden Dörfer und die angrenzenden Gebiete besetzten. Die armenischen Streitkräfte befanden sich auf den Positionen, die sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung innehatten, was die irreführende aserbaidshanische Propaganda betreffend sogenannte Sabotagetrupps widerlegt. Dies hat – nicht zuletzt aufgrund der mangelnden klaren Einschätzung der Ereignisse – Aserbaidshan jedoch nicht davon abgehalten, die 64 armenischen Soldaten als „Saboteure und Terroristen“ darzustellen und sie auf der Grundlage erfundener Anschuldigungen und unter Zwang erpresster Geständnisse strafrechtlich zu verfolgen, was einen eindeutigen und schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt. Gegenwärtig befinden sich noch mehr als 30 Soldaten in aserbaidshanischer Gefangenschaft und haben Scheinprozesse zu gewärtigen. Das ist ein weiterer eklatanter Verstoß gegen die trilaterale Erklärung.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf den jüngsten Bericht von Amnesty International hinweisen, der bestätigt, wie viele Personen Aserbaidshan in Aserbaidshan gefangen hält. Der Bericht bestätigt die Besorgnis des Europarats, dass noch immer zahlreiche Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und übereilt und unfairen Gerichtsverfahren überantwortet werden, während das Schicksal und der Verbleib von etwa 30 armenischen Gefangenen weiterhin ungeklärt ist, so dass die Gefahr besteht, dass man sie verschwinden lässt und sie möglicherweise getötet werden.

Exzellenzen,

ich möchte auch unterstreichen, dass der Bergkarabach-Konflikt im Gegensatz zu anderen Konflikten im OSZE-Raum von Gräueltaten und ethnischen Säuberungen begleitet war, die von Aserbaidshan verübt wurden. In den Gebieten, die unter aserbaidshanische Kontrolle gerieten, wurden armenische Zivilistinnen und Zivilisten, die nicht fliehen konnten, getötet, enthauptet und ihre Leichen verstümmelt. Heute gibt es in diesen Gebieten keine Armenier mehr, die protestieren oder sich versammeln oder entführt oder verhaftet werden könnten. So sieht die Realität vor Ort aus, und diese Realität spricht Bände über das Versagen beim Schutz des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen.

Leider handelt Aserbaidshan weiterhin völlig ungestraft und mit der stillschweigenden Duldung der internationalen Akteure. Mit jedem weiteren Tag setzt Aserbaidshan seine zerstörerischen und feindseligen Handlungen fort, die darauf abzielen, den Menschen in Arzach die Lebensbedingungen unerträglich werden zu lassen, nicht zuletzt durch die Unterbrechung lebenswichtiger Versorgungsleistungen und den Beschuss von Dörfern, Schulen und Wohnhäusern. Mit verschiedenen Methoden der psychologischen Kriegsführung setzt Aserbaidshan seine langjährige bisherige Politik der ethnischen

Säuberung und Vertreibung der armenischen Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat fort.

Dies sind ganz offensichtlich nicht die Handlungen eines Staates, der Frieden will.

Herr Vorsitzender,

Aserbaidshans verübt derartige Menschenrechtsverletzungen, wenn die OSZE und ihre Institutionen nicht klar und angemessen darauf reagieren. Wir müssen feststellen, dass der polnische OSZE-Vorsitz diese Ereignisse nicht als seiner Reaktion oder Aufmerksamkeit würdig erachtet. Ebenso bedauern wir, dass die OSZE mit ihren viel gerühmten Frühwarn- und Frühaktionsinstrumenten keine Möglichkeit sieht, selbst tätig zu werden. Ich möchte in aller Deutlichkeit feststellen, dass dieses Verhalten der OSZE und ihrer Durchführungsorgane die Grundlagen der Organisation schwächt und ihrer Glaubwürdigkeit schadet. Das ist eindeutig nicht das, was sich die Menschen in Armenien vom Beitritt zur OSZE erwartet haben.

Wir fordern den Amtierenden Vorsitzenden, die OSZE-Institutionen und –Durchführungsorgane sowie die Teilnehmerstaaten erneut auf, in ihrer Arbeit zum Schutz der Menschenrechte Konsequenz an den Tag zu legen, klare Worte zu den Verstößen Aserbaidshans gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu finden, seine Provokationen zu verurteilen, die darauf abzielen, den Frieden und die Sicherheit in der Region zu torpedieren, und unmissverständlich klar zu machen, dass solche Handlungen für den Aggressor Konsequenzen haben werden. Wir rufen unsere Partner auf, die Bemühungen um Frieden im Südkaukasus zu unterstützen und eine friedliche und umfassende Beilegung des Bergkarabach-Konflikts zu erreichen.

Wir ersuchen den verehrten Amtierenden Vorsitzenden auch um äußerste Vorsicht bei der Wortwahl und bei Formulierungen im Zusammenhang mit dem Bergkarabach-Konflikt, der aufgrund der aggressiven und nicht konstruktiven Haltung und Handlungen Aserbaidshans nach wie vor einer Lösung harret.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass die armenische Regierung jede Anstrengung unternimmt, um Frieden und Wohlstand in die Region zu bringen. Zu diesem Zweck hat sie eine Strategie zur Einleitung einer Ära der friedlichen Entwicklung in der Region verabschiedet und unternimmt entschlossen die notwendigen Schritte in diese Richtung. Die Erreichung eines dauerhaften und beständigen Friedens in der Region bleibt eine ihrer höchsten Prioritäten.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

Danke.

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 6 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

im vergangenen Monat ist ein in seinem Ausmaß beispielloser Sturm der Verfolgung von Russinnen und Russen und russischsprachigen Menschen über die so genannte westliche Welt hinweggefegt.

Ich möchte wortwörtlich zitieren, was der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vorgestern in einem großen Medieninterview über die Kohlenwasserstoffexporte aus Russland sagte. Er verstieg sich zu folgender Aussage: „Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit diesem schrecklichen Ereignis, dem Krieg in der Ukraine, setzt Polen neue Standards, und was früher als Russophobie bezeichnet wurde, ist jetzt Mainstream, es wird bereits als Realität akzeptiert.“

Wir danken Herrn Morawiecki für seine allgemein verständlichen Ausführungen darüber, was Russophobie für einen Block westlicher Staaten heute bedeutet und welche Rolle das Land, das den Vorsitz unserer Organisation innehat, bei diesem beschämenden Phänomen spielt. Lassen Sie uns darüber sprechen.

Genauer gesagt, lassen Sie uns analysieren, welche der Verpflichtungen, die die Teilnehmerstaaten innerhalb der OSZE eingegangen sind, durch die Diskriminierung der russischen und russischsprachigen Bevölkerung und die Verstöße gegen ihre Grundfreiheiten und Menschenrechte verletzt werden.

Herr Vorsitzender,

die Bekämpfung von Diskriminierung ist der Grundpfeiler unserer Organisation – die Schlussakte von Helsinki 1975. Laut diesem Dokument kamen die Teilnehmerstaaten überein, „die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu achten [...] die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, [zu] fördern und [zu] ermutigen“. Die

Teilnehmerstaaten, auf deren Territorium nationale Minderheiten bestehen, werden das Recht von Personen, die zu solchen Minderheiten gehören, auf Gleichheit vor dem Gesetz achten; sie werden ihnen jede Möglichkeit für den tatsächlichen Genuss der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewähren und werden auf diese Weise ihre berechtigten Interessen in diesem Bereich schützen.“

Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in der Charta von Paris für ein neues Europa 1990. Die Teilnehmerstaaten bekräftigten, dass jeder Mensch ohne Diskriminierung das Recht auf „Gedanken-, Gewissens- und Religions- oder Überzeugungsfreiheit sowie auf freie Meinungsäußerung“ hat. Sie brachten auch ihre „Entschlossenheit“ zum Ausdruck, „alle Formen von Hass zwischen Rassen und Volksgruppen, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung irgendeines Menschen [...] zu bekämpfen“.

Auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 erklärten die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen unserer Länder, „dass sie rassistische, ethnische und religiöse Diskriminierung jeder Art“ ablehnen und dass „Freiheit und Toleranz gelehrt und praktiziert werden müssen“.

Die Verfolgung von Russinnen und Russen und russischsprachigen Menschen verstößt in unterschiedlichem Ausmaß auch gegen andere OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung sowie gegen Verpflichtungen zum Schutz der Rechte nationaler Minderheiten. So heißt es in Absatz 19 des Abschließenden Dokuments von Wien (1989), dass die Teilnehmerstaaten „die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten auf ihrem Territorium schützen und Bedingungen für die Förderung dieser Identität schaffen werden“. In Absatz (59) des Dokuments heißt es, dass „die Teilnehmerstaaten gewährleisten werden, dass Angehörige nationaler Minderheiten oder regionaler Kulturen auf ihren Territorien ihre eigene Kultur in all ihren Aspekten pflegen und entwickeln können, einschließlich von Sprache, Literatur und Religion, und dass sie ihre kulturellen und historischen Denkmäler und Gegenstände erhalten können“. Diese Bestimmungen finden sich auch im Kopenhagener Dokument von 1990 wieder. In der Gipfelerklärung von Istanbul 1999 wird sogar die Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten hervorgehoben, „dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten in Gesetz und Politik uneingeschränkt Achtung finden, insbesondere was Fragen der kulturellen Identität betrifft“.

Es wurde eine Offensive gestartet, um die Präsenz Russlands und alles Russischen im weltweiten Informationsraum zu eliminieren. Überall in den westlichen Ländern werden russischsprachige Medien verboten oder blockiert, worauf wir hier bereits wiederholt hingewiesen haben. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte verankert ist und in den OSZE-Verpflichtungen bestätigt wird, wird mit Füßen getreten. Insbesondere legt das bereits erwähnte Kopenhagener Dokument der KSZE von 1990 fest, dass „jeder Anspruch auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Rechts auf Kommunikation hat. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten und Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein.“ Das Gleiche gilt für den Beschluss des Gipfeltreffens von Budapest 1994, in dem bekräftigt wurde, dass „die freie Meinungsäußerung ein Menschenrecht und ein grundlegender Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft ist“, und auch für andere themenbezogene Dokumente unserer Organisation.



Weltweit wurde Russinnen und Russen ein regelrechter Wirtschaftskrieg ohne Regeln erklärt. Länder des westlichen Blocks unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika haben beispiellose einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Russlands Verteidigungs-, Finanz- und Handelssektor sowie gegen das Vermögen natürlicher und juristischer Personen verhängt. Damit werden allgemein anerkannte Grundsätze und Normen des Völkerrechts, einschließlich der OSZE-Verpflichtungen, der Grundsätze der Zusammenarbeit, der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, ganz allgemein untergraben und vertragliche Verpflichtungen verletzt. Die Ideologie der einseitig verhängten Beschränkungen – und das wird von ihren Urhebern offen zugegeben – besteht darin, der russischen Wirtschaft größtmöglichen Schaden zuzufügen. Die Jagd auf das Eigentum und die Bankkonten von Russinnen und Russen und russischsprachigen Menschen verstößt unter anderem gegen die Eigentumsrechte im Sinne der OSZE-Verpflichtungen. Ich erinnere an die Bestimmung des Dokuments der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa von 1990, in der es heißt, dass sich die Teilnehmerstaaten „bemühen, [Folgendes] anzustreben bzw. beizubehalten... Volle Anerkennung und voller Schutz aller Formen von Eigentum, einschließlich des Privateigentums, und des Rechts der Bürger, Eigentum zu besitzen und zu nutzen.“

Das Verbot der russischen Kultur und der Druck auf und die Belästigung von russischsprachigen Menschen in den kreativen Berufen ist unvereinbar mit den Bestimmungen der OSZE-Verpflichtungen zum Schutz der kulturellen Rechte, die insbesondere im Dokument des Krakauer Symposiums über das kulturelle Erbe der KSZE-Teilnehmerstaaten von 1991 enthalten sind, in dem betont wird, dass sich der Staat und die Behörden „einer Beeinträchtigung der Freiheit künstlerischen Schaffens enthalten werden [...]; sich verpflichten, die freie und ungehinderte Entfaltung künstlerischer Kreativität zu fördern und zu schützen; die bedeutende Rolle des einzelnen Künstlers in der Gesellschaft anerkennen und die Unverletzlichkeit schöpferischer Tätigkeit achten und schützen werden.“

Die Verfolgung russischer Athletinnen und Athleten, ihr Ausschluss von allen internationalen Veranstaltungen, einschließlich der Paralympischen Spiele, und ihr pauschaler Ausschluss aus internationalen Sportverbänden ist ein hässlicher Ausdruck der Diskriminierung im Sport, die ebenfalls im Widerspruch zu den OSZE-Verpflichtungen steht. In der Schlussakte von Helsinki 1975 heißt es: „Um bestehende Verbindungen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports zu erweitern, werden die Teilnehmerstaaten entsprechende Kontakte und entsprechenden Austausch fördern, einschließlich Sporttreffen und Wettkämpfen aller Art, auf der Grundlage der geltenden internationalen Regeln, Bestimmungen und Praxis.“ Im Abschließenden Dokument von Wien (1989) heißt es, dass die Teilnehmerstaaten „solche Kontakte und eine solche Zusammenarbeit zwischen ihren Völkern durch Maßnahmen wie den direkten Sportaustausch auf lokaler und regionaler Ebene erleichtern werden“.

Ich möchte auf die Hatz und Verfolgung russischer Diplomaten hinweisen, die ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat. Die unreflektierte und ungerechtfertigte Erklärung von Dutzenden unserer Kolleginnen und Kollegen in westlichen Ländern zu *personae non gratae* und der absurde Vorwurf von Aktivitäten, die mit ihrem Status unvereinbar sind, untergraben die grundlegenden Fundamente der bilateralen Beziehungen zu Russland, die in der Tat nicht wiedergutzumachenden Schaden nehmen. Die diplomatischen Vertretungen selbst wurden von aggressiven Radikalen in Polen, Frankreich, Deutschland,

Slowenien und vielen anderen Ländern, leider auch in Österreich, angegriffen. In Europa und Nordamerika häufen sich persönliche Beleidigungen bis hin zur Androhung physischer Gewalt, wie etwa gegen den russischen Botschafter und seine Frau in den Niederlanden und unseren Botschafter in Wien. Vandalismus an russischen Botschaften und die Sperrung von deren Eigentum und Bankkonten werden zur Regel. In ihren antirussischen Anwandlungen gehen einige, wie hier in Wien, so weit, die Verlängerung von Abonnements für Internet-Publikationen auf lächerliche Weise zu verweigern oder Diplomatenfahrzeuge die Zufahrt zum Sonderparkplatz am Flughafen Schwechat zu verweigern. Die Liste der Verstöße gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 durch westliche Länder ließe sich beliebig fortsetzen.

Herr Vorsitzender,

wir haben heute Beispiele für Verstöße gegen die Menschenrechte und Freiheiten im Zusammenhang mit den einschlägigen OSZE-Verpflichtungen angeführt. Leider ist das noch lange nicht alles, was vor sich geht. Am 25. März veröffentlichte das Moskauer Büro für Menschenrechte einen Bericht mit dem Titel „Verletzung der Rechte russischer Staatsangehöriger und Landsleute im Ausland während der Ereignisse in der Ukraine im Februar und März 2022“, den wir in der OSZE zur Verteilung bringen werden. Er enthält Einzelheiten und nennt konkrete Fälle, in denen russischsprachige Menschen sowohl auf offizieller als auch auf alltäglicher Ebene, insbesondere in den OSZE-Teilnehmerstaaten, skandalös behandelt werden. Wir drängen die Leiter der zuständigen Durchführungsorgane, einschließlich des Direktors des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Matteo Mecacci, der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, und des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Kairat Abdrakhmanov, auf die schweren und anhaltenden Verletzungen der Rechte von Russinnen und Russen und russischsprachigen Menschen zu reagieren. Wir beabsichtigen, die Aufmerksamkeit auch weiterhin auf diese Frage zu lenken.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rats als Anhang beifügen zu lassen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**

PC.JOUR/1365

31 March 2022

Annex 28

GERMAN

Original: RUSSIAN

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 6 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

in Anbetracht der Ausführungen unserer Kolleginnen und Kollegen möchten wir von unserem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Es war kein Zufall, dass wir in unserer Erklärung darauf hingewiesen haben, dass wir beabsichtigen, die Aufmerksamkeit auch weiterhin auf dieses Thema lenken zu wollen.

Leider hat noch kein ernsthafter Austausch darüber stattgefunden. Was wir gerade gehört haben, ist wohl eher ein Versuch, Russophobie zu rechtfertigen und ihr eine theoretische Grundlage zu geben. Wir hoffen, dass die Diskussion beim nächsten Mal mehr Substanz haben wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rats als Anhang beifügen zu lassen.

---

**1365. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1365, Punkt 6 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation hat diese aktuelle Frage unter dem Titel „Schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten der russischen und russischsprachigen Bevölkerung als offene Herausforderung der OSZE-Verpflichtungen“ eingebracht. Wir stimmen voll und ganz zu, dass es derzeit zu schweren Verstößen gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten der russischen und russischsprachigen Bevölkerung kommt. Tatsache ist, dass die überwältigende Mehrheit dieser Verstöße von der Russischen Föderation selbst begangen wird. Wir hatten zwar eine ganz schwache Hoffnung, dass die aktuelle Frage selbstreflexiv gemeint sein könnte, was jedoch eindeutig nicht der Fall war.

Was die schweren Verstöße gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten der russischen Bevölkerung betrifft, so möchte ich auf die jüngste Erklärung der Beauftragten für Medienfreiheit (RFOM) Teresa Ribeiro verweisen, die am 16. März schrieb: „Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich nur zu einem einzigen Schluss kommen: Die Russische Föderation steuert rasch auf die totale Zensur und Isolierung ihrer Bürgerinnen und Bürger von jeder Form unabhängiger Information zu.“ Wie die kürzlich erfolgte Einstellung der Arbeit von *Nowaja Gazeta* und das Verbot fast aller anderen unabhängigen Nachrichtensender zeigen, dürfte sich diese Prognose bewahrheitet haben.

Darüber hinaus hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) seine ernste Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass friedlichen Anti-kriegsdemonstrantinnen und -demonstranten in Russland die willkürliche Verhaftung und Einschüchterung durch die Polizei droht. In seiner Erklärung vom 1. März führte ODIHR Fälle an, in denen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger während der Proteste oder sogar noch bevor sie sich diesen anschließen konnten, festgenommen wurden. ODIHR fügte hinzu, dass die „oft unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt durch die Strafverfolgungsbehörden eine schwerwiegende Verletzung der Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung – Kernprinzipien der Demokratie – darstellt“.

In der Russischen Föderation sind das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Medienfreiheit und die Freiheit, sich friedlich zu versammeln, stark eingeschränkt. Ich

stimme daher auch hier zu, dass dies einen schweren Verstoß gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Russinnen und Russen darstellt und die OSZE-Verpflichtungen unverhohlen in Frage stellt.

Herr Vorsitzender,

die russische Delegation hat auch ihre Besorgnis über schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten der russischsprachigen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Ich bin sicher, dass die russischsprachige Bevölkerung von Charkiw, Cherson, Mariupol und vielen anderen ukrainischen Städten, Dörfern und Ortschaften dem zustimmen würde. Sie würden sicherlich auch zustimmen, dass daran ausschließlich das Vorgehen der russischen Regierung schuld ist.

Die russische Delegation hat sich wiederholt über „Russophobie“ beklagt, scheint aber nicht in der Lage zu sein zu begreifen, dass eine solche, wenn es sie denn gibt, ausschließlich auf die brutalen und grausamen Angriffe ihrer eigenen Regierung sowohl auf die Menschen in der Ukraine als auch auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zurückzuführen ist. Überrascht es die russische Delegation denn wirklich, dass die russischsprachigen Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, die mit ansehen mussten, wie ihre Städte verwüstet, ihre Freundinnen und Freunde und Familienangehörigen getötet und ihre Zukunft durch Russland zerstört wurde, Russland feindselig gegenüberstehen?

Lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit formulieren: Es sind die Taten Russlands, die fatalerweise die Voraussetzungen für jahrzehntelange Entfremdung und Hass geschaffen haben. Nach dem 24. Februar 2022 hat die russische Regierung das Recht, und zwar jegliches jedes Recht, verspielt, Besorgnis um die russischsprachigen Bürgerinnen und Bürger der Nachbarländer zu heucheln.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.